

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Postzelle oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 64.

Donnerstag, den 17. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Das Laienrichtertum in der Strafrechtspflege.

III.

Die jetzt vorliegenden Entwürfe über die Neuordnung des Strafverfahrens lassen das Schwurgericht im wesentlichen unverändert bestehen. Seine Zuständigkeit soll einige Einschränkungen erfahren: die schwere Urkundenfälschung, die Verbrechen gegen die Konkursordnung und das Depotgesetz, die Unterschlagung und Urkundenfälschung im Amt sollen an die Strafkammern verwiesen werden. Das Verfahren soll unverändert bleiben. Um nicht unnötig viel Geschworene in Anspruch zu nehmen, soll die Spruchliste nur noch 22 (jetzt 30) Namen enthalten; für den Beginn der Verhandlung wird die Anwesenheit von 18 (jetzt 24) Geschworenen verlangt.

Das alles verdient nicht die Bezeichnung „Reform“. Den in den letzten zwei Jahrzehnten immer stärker hervorgetretenen Reformbestrebungen haben viele Berufsjuristen die Forderung entgegengestellt, die Schwurgerichte abzuschaffen. Selbst Vorsitzende solcher Gerichte haben es mit ihrer Aufgabe vereinbar gefunden, in ihrer Begrüßungsansprache oder in ihren Abschiedsworten an die Geschworenen abfällige Kritik an der Einrichtung zu üben.

Da spielt nun die Frage der Ausgestaltung der Schöffengerichtsbarkheit hinein. Schon der erste Entwurf eines Gesetzes über die Gerichtsverfassung im Deutschen Reich, der im Jahre 1873 dem Bundesrat vorgelegt worden war, hatte im Aufbau von kleinen, mittleren und großen Schöffengerichten die Mitwirkung von Laien bei allen Gerichten erster Instanz vorgesehen. In der Reichstagsvorlage wurde aber auf diesen Vorschlag verzichtet und das Schöffengericht beim Amtsgericht mit seiner jetzigen Zuständigkeit wurde geschaffen. Die im Jahre 1903 vom Reichsjustizamt bezogene Kommission für die Reform der Strafprozessordnung schlug einstimmig vor, an die Stelle der Schwurgerichte große Schöffengerichte zu setzen — ein mit drei Richtern und sechs Schöffen besetztes Gericht. Sie ging von der Erwägung aus, daß die Mitwirkung von Laien an der Strafrechtspflege zwar „in hohem Grade nützlich sei, daß aber die Vorzüge dieser Mitwirkung nur bei dem System des Schöffengerichts in vollem Umfange zur Geltung kämen. Die verbündeten Regierungen sind in dem nun vorliegenden Entwurf auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. Der Entwurf lehnt ihn ab mit der Begründung, „daß die Schwurgerichte nach wie vor in der Bevölkerung ein hohes Maß von Vertrauen genießen und daß ihre Abschaffung in manchen Kreisen als die Beseitigung einer wertvollen, aus politischen Gründen hochgehaltenen Erbschaft angesehen werden würde“. Also: „Beibehaltung der Schwurgerichte in ihrer bisherigen Gestalt“. Aber keine Reform des Schwurgerichts! Vor allem nicht die Zulassung eines Einflusses auf die Strafbemessung an die Geschworenen. Die „besonderen Eigentümlichkeiten“ des Schwurgerichts sollen erhalten bleiben; ihre „Vollständigkeit“ soll gewahrt werden. Aber die vorerwähnte besondere Eigentümlichkeit ist keine gute und keine vollstimmliche, wie wir schon kurz dargelegt haben. Unseres Erachtens müssen die Geschworenen die Entscheidung nicht nur über die Schuldfrage, sondern auch über die Strafe haben. Etwas anderes ist es um die von einigen Juristen erhobene Forderung, den Geschworenen bei der Beratung über die Schuldfrage in irgend einer Form juristische Hilfe zuteil werden zu lassen. Wir billigen durchaus, daß der Entwurf diese Forderung ablehnt. Denn in der Tat macht, wie auch die Begründung des Entwurfes zeigt, die scharfe Trennung der Richter- und Geschworenenbank, wie sie aus der historischen Entwicklung des Schwurgerichts sich ergibt, den Kern der ganzen Institution aus. Soweit man von einer Vollständigkeit der Schwurgerichte sprechen kann, beruht diese im letzten Grunde darauf, daß die Geschworenen während der Beratung und Entscheidung der Schuldfrage von jeder Kontrolle und Einwirkung der Berufsjuristen befreit sind. Wögen da „juristische Irrungen“ vorkommen, sie sind belanglos gegenüber der Erwägung, daß die „juristische Hilfe“ die Gefahr bedenklicher Beeinflussung der Geschworenen, der Vermittlung ihres nicht am Buchstaben des Gesetzes haftenden Rechtsempfindens, der Verführung ihres Gewissens mit sich bringen würde. Je weniger Juristerei, je mehr Gewähr für Gerechtigkeit, die über ein starres Buchstabenrecht sich erhebt, die unter Umständen aus rein menschlichen und vernünftigen Rücksichten auch den Mörder, der vor einem

Berufsrichtertum der Todesstrafe verfallen wäre, nicht schuldig spricht.

Grundsätzlich sind wir für Beibehaltung der Schwurgerichte, natürlich ohne die Notwendigkeit ihrer Reform aus den Augen zu setzen. Diese Reform muß sich, abgesehen von der Strafbemessung durch die Geschworenen, vor allem darauf richten, auch Angehörigen der Arbeiterklasse die gebührende Mitwirkung an der Schwurgerichtsbarkheit zu gewähren. Und zwar muß das Gesetz diese Mitwirkung ausdrücklich feststellen und sichern. Das bestehende Gesetz tut das nicht, und der Entwurf auch nicht. Diese Sicherung ist damit nicht gegeben, daß der Entwurf den Geschworenen wie den Schöffen Tagegelder als Entschädigung gewährt (jetzt werden ihnen nur die Reisekosten vergütet), um dem „unerwünschten Zustande“ zu begegnen, „daß wenig bemittelte Personen vom Laienrichtertum ausgeschlossen werden“.

Was die Schöffengerichtsbarkheit anlangt, so behält der Entwurf die Amtsgerichte in der Besetzung mit einem Richter und zwei Schöffen bei; doch soll die Bezeichnung „Schöffengerichte“ wegfallen. Die Zuziehung der Schöffen bei den Amtsgerichten soll unterbleiben bei Übertretungen und bei solchen Vergehen, die nur mit Geldstrafe von höchstens 300 Mk., allein oder neben Haft, oder in Verbindung mit Einziehung bedroht sind, sowie bei den nach § 146 a der Gewerbeordnung strafbaren Vergehen. Daß in dieser Einschränkung etwas Reformatorisches liegt, vermögen wir nicht einzusehen; wir sehen darin einen bedenklichen Rückgriff auf das System des Einzelrichtertums.

## Das preussische Schandgesetz angenommen.

Das Abgeordnetenhaus hat am Mittwoch die sogenannte preussische Wahlrechtsvorlage in einer kaum fünfminütigen Sitzung durch die ganze dritte Lesung gepöpselt und mit 236 gegen 168 Stimmen angenommen. Es erreichte dieses Ziel nur durch die Annahme zahlreicher Schlufsanträge, die unserer Partei bei den wichtigsten Fragen das Wort abkniffen. Nichts charakterisiert das böse Gewissen des schwarz-blauen Blocks mehr, als diese Flucht vor dem Volke, als diese jeder sachlichen Beratung hohnsprechende Erledigung der wichtigsten Gesetzesvorlage, die Preußen in den letzten Jahrzehnten gehabt hat. Die kläglichste Rolle in dieser Wahlrechtstragödie spielt die preussische Regierung und der leitende Staatsmann v. Bethmann-Hollweg. Man zweifelte gar nicht daran — und das ist bezeichnend für diese Regierung — daß sie die Kommissionsbeschlüsse annehmen würde, obwohl diese Kommissionsbeschlüsse die ursprüngliche Regierungsvorlage geradezu auf den Kopf stellten. Und die Regierung begnügte sich nicht allein damit, die wichtigsten Bestimmungen der Vorlage widerstandslos preiszugeben, sondern sie gab auch ihre Motive noch preis. Sie fiel nämlich um, als es sich um einen freikonservativen Antrag auf Einführung der Dreiteilung über die ganze Gemeinde handelte. Dieser Antrag hatte zugeständenermaßen den Zweck, der Sozialdemokratie selbst die winzige Vertretung zu nehmen, die ihr das geltende Wahlrecht im Abgeordnetenhaus einräumt. Mit berechtigter Ironie warf der nationalliberale Abg. Dr. Schiffer der Regierung vor, daß sie ihre Vorlage und ihre Motive doch viel früher hätte preisgegeben und dadurch die ganze Sache wesentlich hätte vereinfachen können. Nun wurde dieser freikonservative Antrag zwar abgelehnt, aber es heißt schon jetzt, daß die Dreiteilung in den Wahlbezirken das Schandobjekt sein wird, wenn es sich darum handelt, die Zustimmung des Herrenhauses zu der geheimen Wahl zu erlangen. In der Generaldebatte bot der konservative Führer von Heydebrand u. d. Laeßle seine Veredsamkeit auf, um das schwere Opfer, das die Konservativen mit der Zustimmung zu dieser Vorlage brächten, in beweglichen Worten zu schildern. Er hielt es für einen Vorzug der Vorlage, daß sie nicht den Beifall der Massen findet. Es ist bezeichnend für die Verkommenheit des Zentrums, daß es gegen diese ungeheuerliche Beschimpfung der Mehrheit des preussischen Volkes nicht ein Wort des Widerspruches fand. Herr Herold sagte lediglich sein Sprüchlein aus der zweiten Lesung noch einmal herunter, daß die geheime Wahl ein großer Fortschritt sei und daß die Vorlage nur ein Schritt sei zur Einführung eines gerechteren Wahlrechts auch in Preußen. Was von dieser Erklärung in Wirklichkeit zu halten ist, zeigt die von Herrn von Heydebrand gedehnte Auffassung, daß die Konservativen, deren Macht in Preußen durch die Reform geradezu stabilisiert wird, in absehbarer Zeit nicht daran denken, an eine neue Reform heranzugehen. Gespannt war man auf die Haltung der Nationalliberalen. Es hieß

bis in letzter Stunde, daß sie umfallen würden. Bei aller Veranlagung, die sie dafür haben, wurde es ihnen diesmal durch die entschiedene Ablehnung jeder Konzeption durch den Wahlrechtsblock unmöglich gemacht, Dr. Friedberg konnte denn auch sehr liberal schillern und hatte es leicht, die Kommissionsbeschlüsse als verbrocht und verkehrt zu kritisieren. Die Freikonservativen ließen durch den Freiherrn v. Zedlitz kurz erklären, daß sie das ganze Gesetz ablehnen würden, wenn die Dreiteilung in den Wahlbezirken beibehalten würde. Diese Partei muß auf die Schwerindustrie im Westen Rücksicht nehmen, die ärgerlich darüber ist, durch die mit sozialdemokratischer Hilfe gewählten Zentrumsarbeiter im Abgeordnetenhaus vertreten zu sein. Bei einer anderen Dreiteilung würden allerdings diese Arbeiter ebenso wie die polnischen Vertreter aus Oberschlesien aus dem Hause verschwinden. Der Volksparteier Fischbeck bezeichnete die Vorlage als die lächerlich kleine Maus, die nach dem jahrelangen Kreischen der Berge, nach den jahrelangen Vorkämpfen und der Aufnahme einer umfassenden Statistik geboren sei. Für unsere Partei sprach Genosse Dr. Liebknecht, der kein Blatt vor den Mund nahm, sondern mit erfrischendem Draufgängertum dem Volksverrat und der Heuchelei der Mehrheitsparteien zu Leibe ging. Es kam dabei wiederholt zu stürmischen Szenen, bei denen die Vertreter von Bildung und Besitz wieder einmal Proben ihrer vornehmen Gesinnung ablegten. Unseren Redner aber machte nichts irre in seinem Kampf gegen diese jämmerlich regierte Regierung, gegen das Treiben der Junker und Pfaffen. Die Mehrheit lachte zwar, aber auch hier gilt das Wort, daß nur, wer zuletzt lacht, am besten lacht. Denn der Wahlrechtskampf geht weiter, dessen können die Herren gewiß sein. In der Spezialdebatte nahm Genosse Leinert noch einmal Gelegenheit die Ungerechtigkeit eines Privilegs der Bildung mit guten Gründen zu beweisen. Doch das Abiturientenprivileg wurde beschlossen, das Privileg für ein mit 18 Jahren abgelegtes Examen, ein Privileg, das jeder bekommt und mag er nachher ein Langenichts oder Tagedieb werden. Gegen das Gesetz stimmten neben unseren Genossen die Freisinnigen, Nationalliberalen und Polen, und aus reaktionären Gründen die Mehrheit der Freikonservativen und einige Konservative. Dann ging man in die Osterferien.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstag

erledigte am Mittwoch zunächst den Etat des Auswärtigen Amtes. Es gab dabei einen heftigen Zusammenstoß zwischen dem in gewohnter Weise vom Leder ziehenden Antisemiten Liebermann von Sonnenberg und dem Reichskanzler, der zum ersten Male unter dem Beifall der Linken sprach und dessen Ausführungen auch unsere Partei ihre Anerkennung nicht versagte. Man könnte Herrn von Bethmann-Hollweg in diesem Falle höchstens vorwerfen, daß er den antisemitischen Klopfsechster überhaupt einer ernstlichen Erwiderung würdigte. Von unserer Seite legte Genosse David noch einmal klipp und klar unsere Stellung in dem Streit zwischen dem Auswärtigen Amt und den Chauvinisten dar. Wir wissen sehr wohl, daß auch die auswärtige Politik ein Teil der rückständigen Gesamtpolitik Deutschlands ist; die Arbeiterklasse hat genug Beschwerden gegen das Auswärtige Amt, wo es sich aber um entschlossene Abwehr irrunder chauvinistischer Umtriebe handelt, wird die Sozialdemokratie ihre Unterstützung nicht versagen. In der sehr ausgedehnten Spezialdebatte rügte Genosse Scheidemann, dem in diesem Falle auch der Freisinnige Henschler ziemlich energisch beisprang, das geradezu unerhörte Verfahren eines deutschen Konsuls in Brasilien gegenüber deutschen Arbeitern, die durch trügerische Versprechungen nach dort gelockt worden sind. — Aus der Beratung des Reichsschatzamt wurde die Veteranen- und die Essingerstenfrage ausgeschieden, die nach Ostern besonders behandelt werden sollen. Den Anflug, den die Agrarier mit den Einfuhrsteuern treiben, geißelte Genosse Stolle, während Genosse Molkenbuhner unsere Resolution auf Erhöhung der für die durch die famose Reichsfinanzreform geschädigten Laborsarbeiter ausgelegten Summe begründete. Man denkt in dieser Sitzung mit der zweiten Lesung fertig zu werden und am Donnerstag in einer gewaltigen Dauer Sitzung die dritte Lesung zu erledigen.

Polizeiliche Nervosität.

Die Berliner Polizei befürchtet für den 18. März Massendemonstrationen verbunden mit Arbeitsruhe. Man nimmt an, daß durch geheime Ordre die Massen nach einem bestimmten Punkte dirigiert werden, um dort einen März- und Wahlrechtspaziergang zu machen. Aus diesem Anlaß sollen die neuen Revolver an die Polizeimänner



schaffen verteilt werden. Auch besteht die Absicht, am 18. März das gesamte Militär in den Kasernen konfiguriert zu halten.

Wir können dazu mitteilen, daß die Besichtigungen der Polizei vollständig grundlos sind. Die Vorbereitungen zum Straßenkampf sind sonach völlig überflüssig und beweisen höchstens, daß man an gewissen Stellen jede ruhige Überlegung eingebüßt hat.

### Konservative Wahlpraktiken.

Im Wahlkreis Lyck-Ostheko verweigern die Gemeindevorsteher den Nationalliberalen Einsicht und Abschleif der Wählerlisten. Es wird von nationalliberaler Seite sofort Beschwerde bei dem Minister des Innern erhoben werden.

### Zur Zeichen der Sparjamkeit.

In den Ministerien des Krieges und des Innern besteht, wie die „V. Z. am Mittag“ aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, die Absicht, wenn irgend möglich, die Generalmusterung bei der Rekrutenaushebung fallen zu lassen. Es sind bereits Anträge an alle Brigaden gerichtet worden, sich darüber zu äußern. Von deren Antwort, die bis Mitte Juni eingegangen sein muß, werde es abhängen, ob man dem Gedank der Aufhebung überhaupt näher treten kann. Der Wegfall der Generalmusterung, die ein Obergutachten über die Tauglichkeit der Ausgehobenen abzugeben und ihre Verteilung zu verfügen hat, würde im Ersatzgeschäft keine große Störung verursachen, dagegen würden jährlich einige Millionen gespart werden. Für selbstverständlich halten wir es, daß beim Fortfall der Generalmusterung eine andre Einrichtung des Aushebungsverfahrens geschaffen wird.

### Wahlrechtsdemonstrationen

fanden am Dienstag noch in Magdeburg, Brandenburg, Eilenburg, Spandau, Cottbus und Landsberg statt. Die Beteiligung war allorts eine große. In Magdeburg hieß die Polizei ohne Grund mit blanker Waffe ein und verletzte mehrere Personen schwer.

### Polizeirüstungen in Berlin!

Aus glaubwürdigster Quelle wird dem „Vorw.“ vom 14. März aus Spandau gemeldet: Heute sind von dem hiesigen Depot 4000 Revolver 83 mit Munition durch die Berliner Feuerwehr unter Führung eines Berliner Polizeihauptmanns und eines Polizeileutnants abgeholt worden.

Die Arbeiter, die wegen der Auslieferung der Waffen in der Mittagsstunde arbeiten mußten, erhielten von dem Polizeihauptmann je eine Mark.

Von anderer, ebenfalls durchaus glaubwürdiger Seite wird berichtet, daß die herstellene Schußmannschaft Berlins Stahleinlagen ins Lederzeug bekommen hat!

Was bezwecken diese furchtbaren Rüstungen? Glaubt Herr v. Jagow, daß er die Berliner Arbeiterschaft, die ihn am 6. März nasührte, doch noch einmal vor die Revolver bekommen wird? Hatte er sich vom Dienstag abend ein Blutbad versprochen? Die Berliner Arbeiterschaft weiß jetzt ebenfalls, wessen sie sich von der Berliner Polizei zu versehen hat. Den Wahlrechtskampf wird sie deswegen um kein Jota anders führen, als sie es für notwendig hält!

### Landtag — Irennhaus.

In einer Sitzung des sogenannten preußischen Landtags kam es zu einer heiteren Szene. Dem Genossen Leinert brüllte während seiner Rede einer der konservativen Stalldürren das Wort: Irennhaus dazwischen. Prompt erwiderte Leinert: Wenn Sie das Wort Irennhaus auf dieses Haus anwenden, dann haben Sie völlig recht. Die „Deutsche Tageszeitung“, die bekanntlich jede Flegelerei verzeiht, wenn sie von ihren geliebten Sunkern kommt, schildert den Vorfall folgendermaßen:

Abg. Leinert leistete sich dabei so sinnlose Dreistigkeiten, daß von rechts der begreifliche Zwischenruf Irennhaus seine Rede unterbrach; worauf der Genosse sich die Frechheit erlaubte, den Ausdruck Irennhaus auf den Landtag anzuwenden. Erst nach Einsichtnahme in das Stenogramm verzögerte der Vizepräsident die hier wieder so gänzlich unzureichende Strafe eines Ordnungsrufes.

Beim Junker ist's „begreiflich“, beim Arbeiter eine „Frechheit“. Dertel will damit wahrscheinlich andeuten, daß man von einem sozialdemokratischen Arbeiter mehr Anstand gewohnt ist, als bei einem Junker, bei dem Flegelien allemal „begreiflich“ sind.

### Ein Jdyl.

Die Reichspartei feierte am 11. März die 25-jährige Zugehörigkeit des Frhn. von Camp-Massanen zu der Fraktion. Außer zahlreichen gegenwärtigen und früheren Mitgliedern der Reichspartei, der freikonservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses und der sächsischen Abgeordnetenkammer nahmen an dem Festmahl u. a. teil Handelsminister Sydow, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, Finanzminister Freiherr von Rheinbaben, Fürst von Hatzfeldt, Herzog zu Sachsenberg, hob die unermüdete Tätigkeit und die Verdienste des Gefeierten um das Zustandekommen der Reichsfinanzreform hervor. Handelsminister Sydow trank auf die freikonservative Partei, die sich vor allem durch die Zurückstellung der Parteinteressen hinter die des Gemeinwohls auszeichnete und ihren Wahlpruch, das Vaterland über die Partei, zur Wahrheit machte.

Der berühmte Scharfmacher Freiherr v. Camp gehörte bekanntlich mit in erster Linie zu denen, die den Grafen Posadowsky fürzten, weil er sich, nach seinem eigenen Wort nicht zum „Minister gegen die Sozialpolitik“ mißbrauchen lassen wollte! Und heute feiert der preussische Handelsminister Sydow die Verdienste dieses scharfmacherischen Ministerführers!

### Freijämige Wahlrechtshelden.

Für die Klüglichkeit des Freimanns hat eine von dieser Seite einberufene Wahlrechtsversammlung in Mühlhausen in Thüringen einen neuen Beweis geliefert. Der Landtagsabgeordnete Dr. Schupp fand zwar sehr

scharfe Worte der Kritik am Wahlrechtsentwurf, aber offensichtlich war sein Referat stark beeinflusst dadurch, daß drei Viertel der Anwesenden Sozialdemokraten waren. In der Diskussion wurde das stete Zusammengehen des östlichen Freimanns mit den Nationalliberalen gebührend beleuchtet. Außerst stürmisch ging es dann am Schlusse zu, als von sozialdemokratischer Seite eine Resolution für das Wahlrecht aller über 20 Jahre alten Personen eingebracht wurde. Dies war den freimännlichen Herren zu programmwidrig, da sie nur eine Resolution für Übertragung des Reichstagswahlrechts vorlegten. Trotz des stürmischen Verlangens, über die sozialdemokratische Resolution als weitestgehende zuerst abzustimmen, widerlegte sich der Referent wie die Versammlungsgesamtheit, die Resolution stimmte nicht mit ihren Grundsätzen überein.

### Die Tagung der Scharfmacher.

Der Zentralverband Deutscher Industrieller hält seine Vertreterversammlung am 12. April in Berlin ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten werden sich die Scharfmacher mit dem Hausarbeitsgesetz, der Abänderung der Gewerbeordnung, dem Stellenvermittlungsgesetz und dem Arbeitskammergesetz, sowie der Reichsversicherungsordnung beschäftigen. Die Kommissionsverhandlungen im Reichstag sind bis dahin natürlich noch nicht abgeschlossen, so daß die Direktiven, die von den Scharfmachern gegeben werden, für die Regierung noch zu rechter Zeit kommen.

### Zur Verfassungsfrage in Elsaß-Lothringen

wird uns aus Straßburg mitgeteilt: Zu der Mitteilung des „Lokalanzeigers“, daß der vom Reichskanzler angekündigte Entwurf ein liberales Wahlrecht enthält, erfahren wir, daß an Stelle des gegenwärtigen Wahlrechts ein Pluralwahlrecht treten soll, das im übrigen allgemein, direkt und geheim ist. (Eine nette Pflanze! Red. d. „L. V.“) Außerdem ist die Ausbildung der bisher nur beratenden Instanz des Staatsrats zu einer Oberkammer vorgesehen, bestehend zu je einem Drittel aus ernannten Mitgliedern, aus Delegierten der Bezirkstage und aus Ständevertretern. In den Wandelgängen des Landesauschusses wurde am Dienstag die Reichstagsfrühung vom Montag lebhaft besprochen. Die Stimmung ist gegenüber den Ankündigungen des Entwurfs durchaus skeptisch. Man glaubt nur, daß es durch die Kommissionsberatung im Reichstag gelingen wird, neben dem Reichstag auch den Bundesrat aus der Landes-Gesetzgebung auszuschalten. Im übrigen wird noch über den Entwurf, den der Reichskanzler angekündigt hat, mitgeteilt, daß der Statthalter in Elsaß-Lothringen auf Lebenszeit ernannt werde und das Recht der Ernennung der Bundesratsvertreter für Elsaß-Lothringen erhalten soll. Die elsäß-lothringische Presse nimmt zu der Erklärung des Reichskanzlers im allgemeinen eine abwartende Stellung ein.

### Die Kandidatenfrage im Wahlkreise Mühlhausen im Elsaß.

Die Zentrumspresse meldet, daß am Sonntag in einer Zentralauschussfrühung des Zentralvereins für den Kreis Mühlhausen nach reiflicher Erwägung der Sachlage beschlossen worden ist, für die nächsten Reichstagswahlen eine eigene Kandidatur aufzustellen. Zum Kandidaten wurde einstimmig der Reallehrer Brogly gewählt. Daraus geht hervor, daß das Zentrum die von klerikaler Seite bereits angekündigte Kandidatur Blumenthal nicht von vornherein unterflügen wird.

### Die Rücksicht auf die Sozialdemokratie.

Die konservativen und klerikalen, teilweise auch die nationalliberalen Blätter behaupten, daß die sozialdemokratischen Straßendemonstrationen in Preußen völlig nutzlos seien, da sich weder die Regierung, noch die bürgerlichen Parteien des preußischen Abgeordnetenhauses durch diese Demonstrationen im geringsten beeinflussen ließen. Demgegenüber verdient es um so größere Beachtung, daß die „Köln. Ztg.“ in dem „Ein Ungstprodukt“ über-jährigen Leitartikel ihrer Nr. 263 offen zugestehet, die Regierung wie auch alle größeren bürgerlichen Parteien würden in ihrem Verhalten zur Wahlrechtsvorlage in erster Linie durch die Erwägung bestimmt, wie die vorge-schlagenen Maßnahmen auf die Sozialdemokratie wirkten. Das nationalliberale Blatt schreibt:

Herr v. Bethmann-Hollweg hat einmal — er war noch preussischer Minister des Innern — beklagt, daß bei uns alle gesetzgeberischen Maßnahmen mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie getroffen würden. Uns will es scheinen, daß auch er von diesem Fehler nicht frei war, als er als Ministerpräsident die Vorlage zur Reform des preussischen Wahlrechts einbrachte, und deutlich hat der bisherige Verlauf der Beratung im Abgeordnetenhause kundgetan, wie richtig er damals einen Krebschaden unserer Zeit gekennzeichnet hat. Denn mehr oder weniger werden dort alle Parteien in ihren Entscheidungen von der Erwägung beeinflusst: Wie wird das oder dies auf die Entwicklung der Sozialdemokratie wirken? Es mag sein, daß das die Schicksalsfrage unserer Zeit ist; aber mer sich ganz von ihr beherrichen läßt, verliert den Boden der Sachlichkeit unter den Füßen und fördert die Sozialdemokratie, indem er meint, ihr entgegenzuarbeiten. Denn welche Gestalt das Wahlgesetz auch schließlich erhalten wird, es wird gestempelt sein von dem Willen, unter dem es entstanden, von der Absicht, einen Damm gegen die rote Flut zu errichten. Diese Absicht ist sicherlich nicht zu tadeln, denn sie entspringt der von der Sozialdemokratie herausgeforderten Notwendigkeit gegen ihr Bestreben, den Staat nach ihren revolutionären Utopien umzuformen. Aber Regierung und Parteien wären weiter gekommen, wenn sie an ihre Aufgabe mit etwas mehr gemeinbürgerlichem Vertrauen auf den gesunden und fröhlichen deutschen Bürgersinn und auf die Gerechtigkeit seiner Sache herangegangen wären, wenn sie sich mit etwas mehr Fatalismus gewappnet und die Zukunft einmal hätten Zukunft sein lassen, wenn sie die „organische Fortentwicklung“, auf die sich nun einmal die Reform aufbauen sollte, mehr nach Maßgabe des historisch Gewordenen aufgefächert hätten.“

### Schnapsjorgen.

Die Konstatierung, daß der Abjaß von Trinkbranntwein in der Zeit vom 1. Oktober 1909 bis 31. Januar 1910 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres von 863 000 Hektoliter auf 577 000 Hektoliter oder um 286 000 Hektoliter gleich 33 Prozent zurückgegangen ist, hat die Schnapsinteressenten in Harnisch gebracht. Die Ursache

des Rückganges läßt sich natürlich nicht bestreiten, aber man möchte nicht wahr haben, daß der Minderverbrauch wenigstens zum Teil eine Folge des Schnapsboykotts sei. Man fürchtet, das Resultat werde zu noch strikterer Durchführung des Beschlusses Anreiz geben. Deshalb unternimmt die „Brennerei-Zeitung“ den verunglückten Versuch, den ganzen Abjaßrückgang als nur scheinbar darzustellen. Unter Mißachtung der tatsächlichen Verhältnisse stellt das Blatt stolz und kühn die Behauptung auf, der rechnungsmäßig festgestellte Minderabjaß sei lediglich eine Folge starker Vorverforgung. Daß diese mißspricht, wird von uns gar nicht bestritten; hätte sie jedoch die behauptete Bedeutung, würde man nicht unterlassen, die Vergleichszahlen als Nachweis anzuführen. Anstatt dessen begnügt man sich mit der einfachen Behauptung und einer ungenügenden Unterfestlegung, gerade in sozialdemokratischen Domänen, wie zum Beispiel in Sachsen, sei der Schnapskonsum gestiegen, verkündet die „Brennerei-Zeitung“. Damit unterstellt man, Sozialdemokraten machten sich ein Vergnügen daraus, den Schnapsboykottbeschlusse zu mißachten. Wir hoffen, die freche Unterstellung wird die gebührende Beachtung finden. Das Schnapsblatt hat übrigens wohl die Empfindung, daß seine Behauptungen doch auf zu schwachen Füßen stehen; um trotzdem die Meinung zu erwecken, daß heute tatsächlich nicht weniger geflossen werde als früher, verleumdet es zum Schluß auch noch die Wirte. Es sagt, der Konsum sei gestiegen, denn viele Geschäftsleute machten jetzt „aus einem Eker verneerten Brantweins unter Zuhilfenahme mehr oder minder einwandfreier Mittel das Fehnfache an Trinkware“. — Uns will scheinen, die Schnapsinteressenten haben bei Wahrnehmung ihrer Interessen der Schnapsmoral etwas weiten Spielraum gelassen. Und was werden die Wirte sagen?

### Osterreich-Ungarn.

Das ungarische Parlament aufgelöst. Wie das Ungarische Korrespondenzbureau aus Wien meldet, unterbreitete Ministerpräsident Graf Khuen Hedervary dem König den Vorschlag auf Auflösung des Parlaments. Der König genehmigte den Vorschlag. Die Auflösung erfolgt am 22. März. Erzherzog Joseph wird in Vertretung des Königs in der Ofener Königsburg die Thronrede verlesen.

### Rußland.

Finnland muß bluten. Bei der Beratung des Etats des Ministeriums des Äußeren, die vor überfülltem Saale stattfand, begründete der Referent Krupensky (Nationalist) in bestellter Arbeit die Notwendigkeit, Finnland zum Unterhalt des Ministeriums des Äußeren mit einem jährlichen Beitrag von 120 000 Rubeln heranzuziehen, denn Finnland bilde einen „untrennbaren Teil des russischen Reiches“, dessen Gesamtinteressen das Ministerium des Äußeren diene. Der Minister des Auswärtigen Swolski erklärte, ein Gesetzentwurf hierüber werde der Duma binnen kurzem vorgelegt werden.

Lärm in der Duma. In der Reichsduma kam es während der gestrigen Debatte über den Etat des Ministeriums für Volksaufklärung zu einem stürmischen Austritt. Purischkewitsch (extreme Rechte) sagte, während er über die Petersburger Universität redete, in deren studentischen Seniorenrat befände sich eine Jüdin, „Juristenweibchen“ genannt, die in intimen Beziehungen zu allen Mitgliedern des Seniorenrats stehe. Darauf erhob sich im Saal ein ungeheurer Lärm. Die Linke rief Purischkewitsch Schmäher zu und verlangte die Ausweisung von Purischkewitsch. Der Präsident erklärte, der Redner müsse, was er gesagt habe, auf sein Gewissen nehmen. Der Kadettenführer Miljukow forderte die Ausweisung von Purischkewitsch und begann einen Wortstreit mit dem Präsidenten. Ununterbrochene Zurufe links und Beifallsklatschen der Rechten veranlaßten den Präsidenten, die Sitzung zu schließen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung entzog der Präsident Purischkewitsch das Wort und erteilte Miljukow wegen seines Verhaltens eine Rüge.

### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 17. März.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Die Herstellung von drei Rampen auf der Südseite der St. Lorenzbrücke, bezüglich in der Schützenstraße und in der Meierstraße, beschäftigte gestern den Bürgerausschuß zum zweitenmal. Er vermittelte seinerzeit die Senatsvorlage, die in nachstehendem Antrage gipfelte, an eine Kommission: Die Bürgererschaft soll mitgenehmigen, daß die Baudeputation zur Ausführung dreier Rampen auf der Südseite der St. Lorenzbrücke, in der Schützenstraße und in der Meierstraße zum Anschluß an das von der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft bereits hergestellte Rampenstück nach dem Plane und dem Kostenanschlage des Baudirektors vom 2. Juli 1909 die Summe von 17 400 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, bewilligt und daß dieser Betrag aus Anleihenmitteln zur Verfügung gestellt werde. Die Kommission des Bürgerausschusses hat nunmehr Bericht erstattet. Sie beantragt demnach, den Senatsantrag in folgender abgeänderter Fassung der Bürgererschaft zur Mitgenehmigung zu empfehlen: „daß der Baudeputation zur Ausführung dreier Rampen auf der Südseite der St. Lorenzbrücke in der Schützenstraße und in der Meierstraße zum Anschluß an das von der Lübeck-Büchener Eisenbahngesellschaft bereits hergestellte Rampenstück nach dem Plane und Kostenanschlage des Baudirektors vom 2. Juli 1909 bzw. 16. Februar 1910, die Summe von 18 458 Mk., soweit erforderlich und Rechnungsablage vorbehalten, bewilligt und daß dieser Betrag aus Anleihenmitteln zur Verfügung gestellt werde.“ Die Vorlage wurde an eine neue Kommission verwiesen.

Erweiterung des Vorwerker Friedhofes. Dem Bürgerausschuß lag gestern folgendes Senatsdiktat vor: Da die zur Verfügung stehenden Grabfelder des Vorwerker Friedhofes bereits in 1 bis 2 Jahren, die Felder für Kindergräber schon im Laufe dieses Jahres belegt sein werden, auch in Zukunft eine zunehmende Benutzung des Friedhofes zu erwarten ist, haben die Friedhofsbehörde und die Baudeputation es für ihre Aufgabe erachtet, schon jetzt für die weitere Bereitstellung von Grabfeldern Sorge zu tragen. Beide Behörden haben in gemeinsamen Verhandlungen die Angelegen-



heit geprüft. Die von den Sachverständigen gemachten Vorschläge haben in sachlicher und finanzieller Beziehung (der jetzt vorliegende Kostenschlag stellt sich erheblich niedriger als der in früheren Jahren eingereichte) die Zustimmung beider Behörden gefunden, die nunmehr unter dem 16. Februar 1910 an den Senat mit einem diesbezüglichen Antrag herangetragen sind. Der Senat kann sich der Notwendigkeit, in der von den Behörden vorgeschlagenen Weise vorzugehen, nicht verschließen, hält auch in Übereinstimmung mit dem hierüber gehörten Finanzdepartement den gemachten Kostenschlag für angemessen. Nach diesem sollen die Gesamtkosten der weiteren Ausgestaltung des Vorwerker Friedhofes zum Belaufe von 85 280 Mk. auf 7 Jahre dergestalt verteilt werden, daß in den Rechnungsjahren 1910 und 1911 je 13 000 Mk., in den vier folgenden Jahren 12 000 Mk., 11 500 Mk., 13 000 und 7500 und im Jahre 1916 10 280 Mk. zu verwenden sind. Die Kosten werden, wie die der Herstellung des Vorwerker Friedhofes überhaupt, auf Anleiheemittel der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen anzuwenden sein. Der Senat beabsichtigt deshalb, zur Mitgenehmigung der Bürgerchaft zu stellen: daß die weitere Ausgestaltung des Vorwerker Friedhofes nach dem Plane und Kostenschlag des Baudirektors Walther vom 30. Oktober 1909 ausgeführt und das Kostenforderniß zum Belaufe von 85 280 Mk. auf Anleiheemittel der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen angewiesen werde. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung der Vorlage durch die Bürgerchaft.

**Fahrwegverbindung zwischen Wulfsdorf und Vorrade.** Der Bürgerausschuß beschäftigte sich gestern mit einem Senatsantrag, der verlangt, 1. daß die Herstellung einer Fahrwegverbindung zwischen den Ortsteilen Wulfsdorf und Vorrade unter nachstehenden Bedingungen erfolge: a) Der Fahrweg, einschließlich der Brücke über den Landgraben, wird nach Maßgabe des von der Baudeputation unter dem 29. Juni 1909 aufgestellten, als Variante zu Entwurf B bezeichneten Projekts vom Staate gebaut. b) Der zur Herstellung des Fahrweges erforderliche Grund und Boden wird dem Staate von den Gemeinden unentgeltlich zur Verfügung gestellt; die Gemeinden übernehmen auch die Befriedigung etwaiger Entschädigungsansprüche aus dem Paragrafen 12 der Wegeordnung. c) Die Kosten der Herstellung der Brücke über den Landgraben, sowie die Kosten der erforderlichen Bodenbewegungen und der Herstellung des Straßenplanums im vereinschlachten Betrage von insgesamt 6250 Mark werden vom Staate übernommen, während die Gemeinden Wulfsdorf und Vorrade außer den Kosten des Landerwerbs die Beschaffung und die Anfuhr der Baumaterialien zur Wegebefestigung bis zur Verwendungsstelle auf ihre Kosten zu übernehmen haben. d) Nach der Herstellung des Fahrweges wird seine Unterhaltung von den Gemeinden Wulfsdorf und Vorrade, von einer jeden für die auf ihrem Gebiete liegende Wegestrecke, übernommen; die Unterhaltung der Brücke übernimmt der Staat. 2. Daß die nach Biffer 1 e erforderlichen Kosten von insgesamt 6250 Mk. in den Voranschlag der Baudeputation für das Rechnungsjahr 1910 unter Rubrik 18 (Öffentliche Landwege) in Kolonne 8 eingestellt werden.

**Wegen Milchverfälschung** wurde Dienstag ein Soldat aus Dummerstorf vom hiesigen Schöffengericht zu 400 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte, welcher die ihm zur Last gelegte Straftat zugibt, hat mehrere Male zu circa 100 Liter Milch 10 Liter Wasser gegossen und diese Mischung dann als Vollmilch verkauft.

**Neues Stadttheater.** Man schreibt uns: Morgen, Freitag, gelangt Gounods Oper „Margarethe“ (Faust) zu

nachmaligen Aufführung. Als Mephistopheles wird Herr Kammeränger Theodor Günther vom Hoftheater in Koburg-Gotha ein Gastspiel absolvieren. — Am Samstag geht die Operette „Der Graf von Luxemburg“ zum dritten Male in Szene. — Am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, findet die fünfte Volksvorstellung statt, und zwar kommt Goethes Schauspiel „Iphigenie auf Tauris“ zur Aufführung. Der Eintrittspreis für alle Plätze beträgt pro Person 50 Pf., sowie 10 Pf. Garderobengebühr. Alle Plätze werden, wie bisher, ausgelost. Der Vorverkauf resp. die Auslosung findet morgen Freitag und Samstag je von 4—9 Uhr abends an der Theaterkasse statt. Nachdem die seit Wochen im Gange befindlichen Solo- und Chorproben sowie die dekorativen Vorbereitungen für das gewaltige Musikdrama „Salome“ von Richard Strauss nunmehr beendet sind, nehmen heute die Bühnen- und Orchesterproben ihren Anfang.

**Lützenburg.** Meldet das Lützenburger Bier und den Lützenburger Kimmel. Der Brauereibesitzer und Schnapsbrenner D. H. Volk in Lützenburg will die fünf ausgesperrten Brauereiarbeiter nur dann wieder einstellen, wenn sie ihre Arbeiterehre in den Straßenschmutz werfen, wenn sie aus dem Verband austreten. Arbeiter! sorgt dafür, daß dies nicht geschehen kann und weidet nun erst recht Bier und Schnaps aus der Brauerei und Brennerei von D. H. Volk in Lützenburg.

**Kiel.** Die Demonstration in Kiel. Über den Zusammenstoß mit der Polizei bei der Wahlrechtsdemonstration in Kiel werden in der bürgerlichen Presse Berichte veröffentlicht, die die Sache so darstellen, als ob die Demonstranten die Veranlassung zu den Unfällen gegeben haben. Letzteres ist nicht der Fall. Die Polizei hat durch ihr unmotiviertes Vorgehen die Unfälle hervorgerufen. Während der ganzen Dauer des Demonstrationszuges, der in musterhafter Ordnung verlief und nicht die geringste Verletzungs-Veranlassung verursachte, nahmen die an allen Straßenecken postierten Schutzleute nicht den geringsten Anlaß an den Hochrufen auf das Wahlrecht. Als jedoch auf dem Wilhelmplatz die ersten Wahlrechtsrufe erschallen, die Demonstranten noch garnicht alle den Platz erreicht hatten, ging die Polizei sofort zum Angriff vor. Die Demonstranten wurden ohne Unterschied mit Säulen und Säbeln bearbeitet. Frauen und Kinder wurden niedergestossen, wehrlos am Boden liegende Personen von den Polizisten mit Säbeln und Gummihämmern bearbeitet und mit der Stiefelabläge getreten. Die Geheimpolizisten hatten sich unauffällig unter die Menge gemischt. Ein Teil der in dieser Weise ungerechtfertigt Angegriffenen mag sich allerdings zur Wehr gesetzt haben. Mehrfach sind Polizisten beobachtet worden, die geschossen haben. Frauen und Kinder wurden mit Gewalt aus den Haustüren herausgezerrt und mißhandelt. Von den Stützern wurden zwei Personen in Haft gehalten. Mittwoch vormittag zogen 800 Arbeiter der Howaldtschen Werft in geschlossenem Zuge von Dietrichsdorf um den Hafen herum durch die Stadt Kiel. Dabei kam es vor dem Gewerkschaftshaus abermals zu einem Zusammenstoß mit der Polizei. Im Gewerkschaftshaus fand Mittwoch vormittag 11 Uhr eine Versammlung der Ausgesperrten statt. Die Polizei zog eine Kette um das Gewerkschaftshaus, sodaß niemand hinaus und hinein konnte. Als einige unter der Durchfahrt des Gewerkschaftshauses stehende Arbeiter ein Hoch ausbrachten, stürzten 6 Schutzleute und 1 Wachtmann mit gezogenen Säbeln die Durchfahrt. Die Polizei wurde aber vom Geschäftsführer, der von seinem Hausrechte Gebrauch machte, zurückgewiesen. Auf Vorstellung des Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells wurde schließlich auch die vollständig ungeschehliche Umzingelung des Gewerkschafts-

hauses aufgehoben. Von der dreitägigen Aussperrung sind im ganzen 8800 Metallarbeiter betroffen. Die Baunternehmer haben eine Aussperrung abgelehnt. Dienstag abend stand auch das Infanterie- und das Seebataillon zum Angriff bereit. — Die Direktion der Kruppischen Werft hat auf Vorstellung des Arbeiterausschusses erklärt, daß alle Aussperrten ohne weiteres Sonnabend morgen wieder an die Arbeit gehen können.

**Neumünster.** Massenanklage. Wegen der Vorfälle in Neumünster am 13. Februar ist gegen 10 Personen, darunter 2 Frauen, die Anklage erhoben worden, die jetzt die Anklageschrift erhalten haben. Während es aber früher hieß, daß Anklagen wegen Aufruhr und Landfriedensbruchs erhoben werden sollten, lautet die Anklage nur auf Beihilfe und gegen einige der Angeklagten auf Übertretung des Vereinsgesetzes und Widerstand.

**Hensburg.** Der Erste. Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl gelang es den Sozialdemokraten zum erstenmal, einen ihrer Kandidaten in das Stadtverordneten-Kollegium zu entsenden. Es leben die folgenden! — Eine spätere Meldung besagt, daß zwei unserer Kandidaten gewählt worden sind, nämlich die Genossen Schrenk und Erjurt. Sie erhielten je 1174 resp. 1164 Stimmen, die bürgerlichen Kandidaten erhielten 984 resp. 928 Stimmen.

## Handels- und Marktnachrichten.

**Lübeker Marktpreise vom 16. März.**  
 Banern-Butter Pfd. 1,40—1,50 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,35—1,60 Mk., Hasen — Mk., Enten — — — — — Mk., Hühner 2,00—2,80 Mk., Küten Eid. — — — — — Mk., Tauben Stück 0,55—0,60 Pf., Gänse Pfd. — 0,75 Mk., Fildgans 2 Mk., Schinken Pfd. 1,00—1,10 Mk., Schweinshopf Pfd. 55—65 Pf., Würst Pfd. 1,20—1,40 Mk., Eier 8 u. 9 Stück 60 Pf., Heringe 7 St. 10 Pf., Dorsch genüg., Süßwasserfische genüg., Karpfen Pfd. 1,00—1,10 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1—2 Mk., Schleie Pfd. 1,40—1,60 Mk., Brachsen 80 Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Barsche Pfd. 70—80 Pf., Aal Pfd. 1,20 Mk., Karantischen Pfd. 60 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl d. Kopf 0,20—0,40 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken, 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige, Pfd. — Mk., Kefel verschiedene pr. 100 Pfd. — — — — — Mk., Pflaumen pr. 100 Pfd. — — — — — Pf., Kirichen Pfd. — — — — — Pf., Kartoffeln pr. 10 Pfund 45—65 Pf., Mand Pfd. — — — — — Pf.

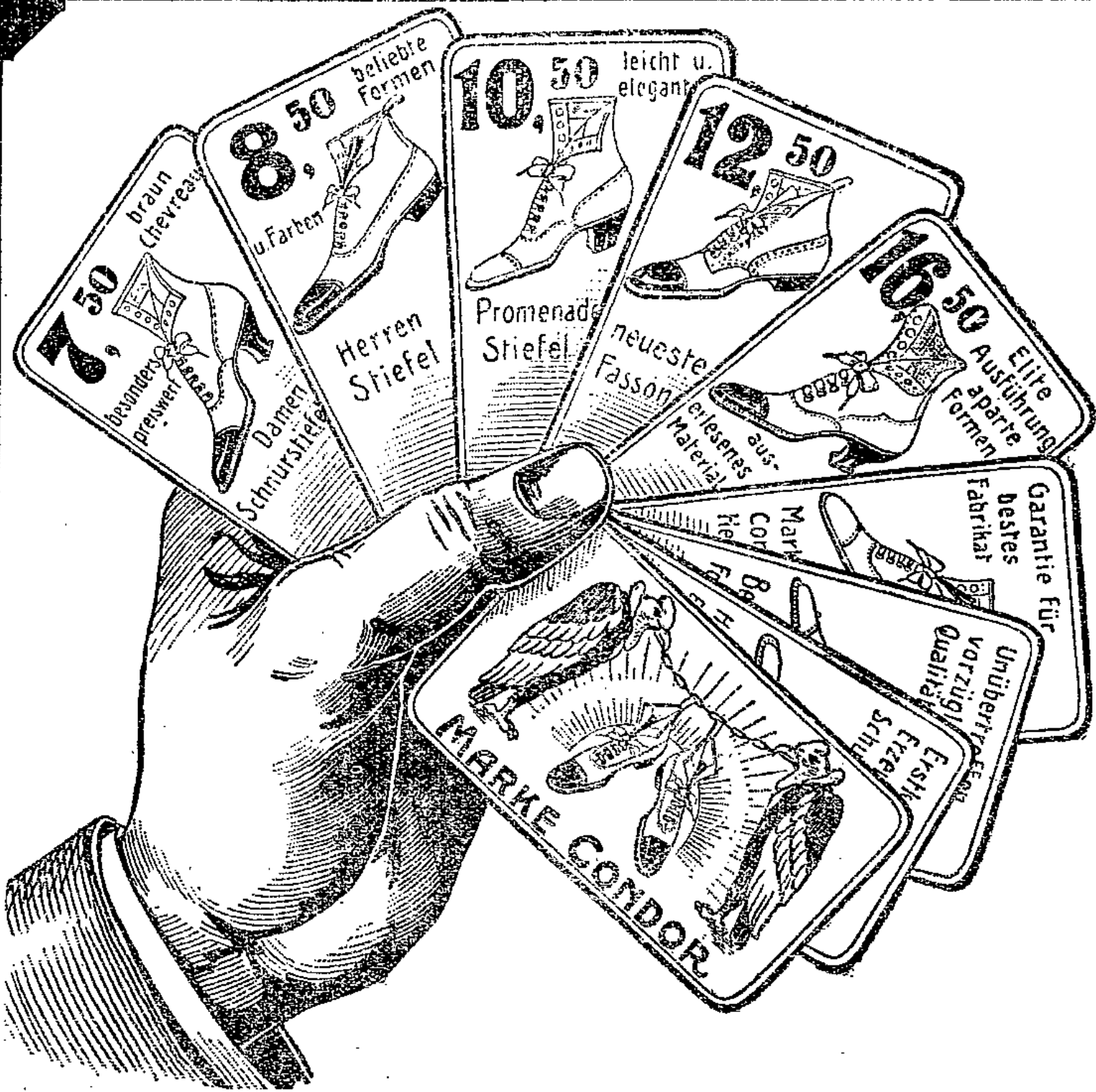
### Getreidepreise.

**Li b e c k, 16. März.**  
 Weizen, 116—128 Pfd. holl. 185—210 Mk. Roggen 112—122 Pfd., neuer holl. 135—160, Gerste, nach Qualität 135—150 Mk. Hafer, nach Qualität, alter 135—160 Mk. hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.

### Butter-Notierungen

**d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein.**  
 Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes. Hamburg, 16. März.  
 1. Klasse 252 Drittel zu 145,08 Mk. im Durchschnitt.  
 2. „ 25 „ „ 140,48 Mk. „ „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Böwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling  
 Verleger: Th. Schwanitz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.



# Größte Auswahl der hervorragendsten Saison-Neuheiten!

## Damen-Schnürstiefel

- Braun Chevreau, schicke Formen, aparte Modelfarben . . . 750
- Fein Chromleder — Derbyschnitt — Lackkappen, amerik. Fasson u. Absatz . . . 750
- Schwarz Chevreau, moderne Paßform . . . 850
- Echt Boxkalf — beliebte — preiswerte Qualität . . . 950
- Ia. Boxkalf — Derbyschnitt — Lackkappen, elegante Straßenstiefel . . . 1050
- „Orig.-Goodyear-Welt“ Ausführung, braun und schwarz, hochaparte Frühjahrs-Neuheit. 16.50 14.50 1250

## Herrn-Schnürstiefel

- Fein Boxleder oder Chromleder mit Lackkappen — mod. breite u. schlanke Fass. . . 750
- Braun Chevreau, neueste Farben und Formen 10.90 10.50 9.50 850
- Schwarz Chevreau mit und ohne Lackkappen, moderne Ausstattung . . . 1050
- „Orig.-Goodyear-Welt“ Ausführung, braun u. schw. hochelegante Promenadenstiefel . . . 16.50 14.50 1250
- Condor-Patent Schnürstief. D.R.P. 174 209 ohne zu schnüren Wunderbare 1050 1350 1650 Bequemlichkeit

## Knaben-, Mädchen- und Kinder-Stiefel

braun und schwarz — in modernen, naturgemäßen Paßformen.

Haus-Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder zu bekannt billigen Preisen.

**Conrad Tack & Cie.** Verkaufshaus Lübeck: Breitestraße 47.

Beachten Sie bitte unsere : Schaufenster-Auslagen :



**Frau Auguste Prütz** zu ihrem heutigen Geburtstag die besten Glückwünsche.

Zu vermieten zu sofort ein möbliertes Zimmer für besseren Herrn Schmarthauer Allee 17 a.

**Ein freundl. möbl. Zimmer** per Woche 2.50 Mf.  
Welferstraße 31.

Zu vermieten möbliertes Zimmer für 1 oder 2 junge Leute  
In der Mauer,  
China Dübenerstraße 21, I.

**Eine Dreifachwohnung** Mißhebe Nr. 8, I., zu vermieten. Näheres daselbst u. Sakenstr. 44.

Zu vermieten per sofort oder zum 1. April mehrere Zwei- und Dreifachwohnungen im Preise von 220 bis 800 Mf.  
Näh. Rottwischstraße 48, part. rechts.

Suche sofort einen alleinstehenden älteren Arbeiter.  
Lohmühle 8. **G. F. C. Koop.**

Gesucht zum 1. April ein junger Knecht für leichte Arbeit  
Wdlerstraße 35.

14-jähriges Mädchen sucht Stellung nachmittags bei Kindern.  
Angeb. u. **BK** an die Exp. d. Bl.

Ein guterhaltener Schulranzel für Knaben zu kaufen gesucht  
Off. u. **KS** an die Exp. d. Bl.

Ein Waschtisch zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe  
Weißhofstraße 57, III.

**1-2 Fuder Dung** zu kaufen gesucht.  
**Franck**, Segebergstraße 19, I.

Zu verkaufen ein guterh. Kinderwagen  
Gransford Allee 109.

Zu verkaufen eine guterh. Zither und ein **Goldbaum**  
Weicherstraße 20, I.

Eine Kinderbettstelle m. Matratze und ein Sitz- und Liegewagen mit Gummireifen sehr billig zu verkaufen.  
In der Mauer 41, I.

**Rosen-Blanzkartoffeln** zu verkaufen  
Segebergstraße 17, pt.

Zu verkaufen eine neue Sommerjacket für junges Mädchen und eine schwarze Damenjacket.  
Näheres Wofelinger Allee 4.

Ein schwarzer Rockanzug und ein Gesellschaftsrock billig zu verkaufen  
Onckenaustr. 1, II.

Ein **Kaninchentisch** billig zu verkaufen  
Lühowstraße 25 a, pt.

Zu verkaufen ein wachf. Kettenhund, billig  
Marlstraße 48.

Ein Paar Tigerhunden 2.50 Mf., ein Paar Zebra-Amandinen 4 Mf. zu verkaufen  
Engelsmisch 23, I.

Anmeldung von Umzüge zu fahren werden schon angenommen  
Schönkampstraße 66.

Die Person, die am Dienstag, 15. bei Karstadt das Portemonnaie nebst Taschentuch an sich genommen, wird ersucht, dasselbe abzugeben  
Augustenstraße 27.

Die Person ist erkannt.

Abonnementkarten verloren gegangen in der Adlerstraße. Gegen Belohnung abzugeben  
Weißhofstraße 56, I.

**Konsumverein für Lübeck und Umgegend.**  
(E. G. m. b. H.)

Die Lieferung von ca. 20000 bis 25000 hl tehp. Ztr. div. Zenerung an unsere Mitglieder soll für das laufende Jahr neu vergeben werden. Gesf. Offerten bitten wir an unser Kontor, Fleischhauerstraße 30, einzureichen.  
Der Vorstand.

**J. Mußfeldt, Arminstr. 2b** empfiehlt sein reichhaltiges Lager in eleganten und dauerhaften **Schuhwaren.**  
Billigste Preise.

**Partie Herren- u. Damen-Uhren** sowie Ketten werden für jeden annehmbaren Preis verkauft.  
Bedergrube 24, Laden.

**F. Meyers Schuhwarenhaus**  
Hüterdamm 2  
empfiehlt zur Konfirmation grosse Auswahl in Mädchen- und Knabenstiefeln in solider guter Ausführung zu bekannt billigen Preisen.



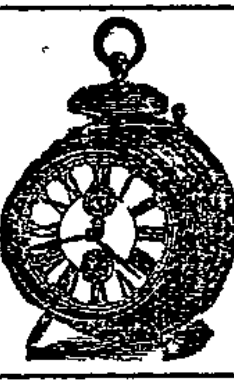
**Delikatess - Eigelb-Pflanzenbutter**

„HEIMCHEN“  
Kornsüßer Butterschmack  
Idealster Buttersatz !!

das Pfund 75 Pfg.  
10 Pfund 7.25 Mk.

Edelste Pflanzen-Margarine.  
**Verkauf vom**  
Engros-Lager

**Mengstr. 44**  
- Hinterdiele. -



**Heinr. Schultz**  
Uhrm. u. Goldarb.,  
ob. Johannisstr. 20.  
Uhren, Ketten,  
Gold- u. Silberwar.  
goldene Trauringe  
Rathenower  
Brillen.  
Eigene Werkstatt.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck Markt 4 **Otto Albers** 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

Biederhosen	2.20-6.45
Maurerhosen	2.60-6.75
Schlosserhosen	1.88-5.25
Aberziehhosen	1.08-2.35
Zwirn-Hosen	1.68-3.25
leinene Fäden, schräge u. gerade, 1.28, Rajen, Hemden, Schlachterjacket, Freizejacket, Malermäntel	erstaunlich billig. Mägen von 30 Mf. bis 1.88 Mf. Note Lubecam.

**Tapeten**  
neueste Muster, reichhaltige Auswahl

**Billige Restpartien.**

**Hafen = Drogerie**

**Georg Bornhöfft,**  
Unterstraße 44/45.  
Tapetenmeister für und fertig zum Gebrauch.

**Konfirmanten-Anzüge, Herren- und Knaben-Anzüge, einz. Hosen, Hüte, Mützen, Wäsche, Schlipse und Schirme**

in grösster Auswahl zu billigsten Preisen.

**H. Bössel,**  
Hüßstraße 37.

Gute Magn.-bon. Kartoffeln 200 Pfd. 5.50 Mf. frei Haus 10 Pfd. 35 Pfg. empfiehlt  
**C. Prestin, Wdlerstraße 33.**

**Sargmagazin**  
**H. Horenburg**  
Paulstrasse 16.  
Übernahme ganzer Beerdigungen  
Einkleidung jeder Art.  
Billige Preise.

# Palm- und Topfkuchen

in allen Größen und von bekannter vorzüglicher Qualität empfiehlt zum Palmsonntage u. Ostersfeste die

## Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.  
Bestellungen werden von heute ab in allen unseren Niederlagen entgegengenommen.  
Gleichzeitig empfehlen unser

## Grob- u. Feinbrot

sowie alle sonstigen Backwaren.  
Der Vorstand.

## Prima Lübecker Gaskoks

sind von heute ab um

**20 Pfg.**

pr. Hektoliter im Preise

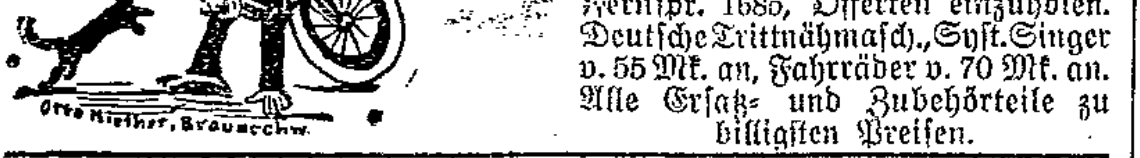
**ermässigt.**

Bestellungen erbittet

## Christian Gäde

Fischergrube 4. Fernspr. 242.

## AUF ALLE FÄLLE



erliche ich Sie, bei Anschaffung einer ersklassigen Nähmaschine oder eines Fahrrades von der Firma **Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 15,** Fernspr. 1685, Offerten einzuholen. Deutsche Trittnähmaschine, Syst. Singer v. 55 Mf. an, Fahrräder v. 70 Mf. an. Alle Ersatz- und Zubehörteile zu billigsten Preisen.

## Knorr's Nahn-Maccaroni

unübertroffen!

## Knorr's Suppen

fix und fertig - 3 Teller 10 Pfg.  
Jedes Paket enthält 1 Gutschein. Jeder Umschlag gilt als Gutschein.

## Ausserordentliche General-Versammlung

## Lübecker Vereinsbrauerei

e. G. m. b. H.  
am Freitag, dem 15. April 1910, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn W. Kempfer, „Bürgerverein“, Königstraße 25.

**Tages-Ordnung:**  
1. Statutenänderung.  
2. Bekanntgabe der Geschäftsordnung.  
3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes.  
Lübeck, den 17. März 1910.

**Stajieren 10 Pfg.**  
A. Deutschmann, Wdlerstr. 71.

Sämtliche Samen, blühende Topfpflanzen und Gartenpflanzen sind zu haben  
Schützenstr. 56.

1 Posten Konfirmations-Anzüge sollen bis Sonntag für jeden annehmbaren Preis verkauft werden  
Bedergrube 24, Laden.

## Arbeiter Abstinenzbund

## Mitglieder-Versammlung

Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:

1. Vortrag: Die Jugend im Kampf gegen den Alkohol.
2. Verschiedenes.

Freunde, die mit unserer Sache sympathisieren, sind freundlichst eingeladen.  
Der Vorstand.

## Achtung Bauarbeiter!

## Mitglieder-Versammlung

Freitag, 18. d. M., abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Tages-Ordnung:

1. Anstellungsvertrag.
2. Die Situation im Baugewerbe und Bekanntgabe eines Beschlusses des Hauptvorstandes betr. Zahlung des doppelten Beitrages.
3. Finanzielle Verbandsangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Um vollständiges Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

## Achtung! Zimmerer

Wegen der außerordentlich wichtigen Tagesordnung müssen alle Kameraden in der heutigen Versammlung erscheinen.  
Der Vorstand.

## Betriebsversammlung

aller am Wasser- und Kanalbau beschäftigten Arbeiter  
Freitag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:

Die Arbeiterauswahlwahlen.  
Der Einberufer.

## Gefangenenverein „Eintracht“

## Jäger!

Abfahrt nach Schwartau 8.32 Uhr  
Stimmführer 1/8 Uhr  
Gewerkschaftshaus.  
Der Obmann.

## Freie Jugend Lübecks.

Samstag, den 20. März, von nachmittags 4 1/2 Uhr an:  
**Vereinsabend**

im „Gewerkschaftshaus“  
Vortrag des Gen. Br om me über:  
**Heinrich Heine.**

Hierauf: Versammlung.  
Die Kommission.

## Neues Stadttheater.

Freitag, 18. März. 7 1/2 Uhr.  
Don-Ab. 157. Freitag-Ab. 26.  
**Margarethe (Faust).**

Große Oper von Ch. Gounod.  
**Mephistopheles - Herr Kammerjänger Theodor Gunther** vom Hoftheater in Koburg-Gotha a. G.  
Sonabend, 19. März. 7 1/2 Uhr.  
Zum 3. Male.

## Der Graf von Luxemburg.

Operette von Franz Lehar.  
Sonntag, Nachm. 3 Uhr.  
20. März. 5. Volk-Vorst. Jeder Bl. 50 Pf.

## Iphigenie auf Tauris.

Schauspiel von Goethe.  
Vorverkauf morgen Freitag und Sonnabend je 8-9 Uhr abends an der Theaterkasse.  
Alle Plätze werden ausgelost.



## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 16. März 1910.

59. Sitzung, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg und Staatssekretäre.

Die Debatte über auswärtige Politik wird fortgesetzt. v. Dirksen (Rp.) wendet sich zunächst gegen die Stimmungsmache der Mannesmannpartei und polemisiert darauf gegen Scheidemann, der Preußen und den Reichskanzler in ungerechtfertigter Weise herabgesetzt habe. (Beifall rechts.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Das Vergleichen, auf das sich die Mannesmannschen Konzeptionen stützen, entspricht unzweifelhaft nicht den Festlegungen der Algerierakte. Es besteht kein tatsächlicher, kein rechtlicher und kein politischer Grund zugunsten der gewiß hohen wirtschaftlichen Werte der Mannesmannkonzeptionen eine Politik des Vertragsbruchs zu betreiben. Ich meinerseits werde mich nicht zu einer solchen Politik hergeben. Innerhalb der durch internationale Verträge und Abmachungen gezogenen Grenzen werden wir die wirtschaftlichen Interessen der Herren Mannesmann fördern, wenn uns diese Förderung auch nicht durch das Auftreten der Brüder Mannesmann erleichtert ist. (Sehr richtig!) Die Brehngänge auf die angebliche Schwäche und Nachgiebigkeit der auswärtigen Politik diskreditieren diese vor dem Inland und Ausland. Beweise für die Behauptungen kann man nicht erbringen und hat auch Herr Stresemann nicht erbracht. Ich werde der auswärtigen Politik, diesem wichtigen Teile meiner Aufgaben, meine höchste und ernstliche Aufmerksamkeit zuwenden. Man hat meine angeblich schwächliche und nachgiebige auswärtige Politik mit der inneren Politik in Verbindung gebracht. Ich bitte aber alle Parteien ohne Ausnahme, die Unterstützung der Regierung in der auswärtigen Politik nicht von der inneren Politik abhängig zu machen. Auch ich lasse mich durch Vorgänge der inneren Politik nicht in der auswärtigen Politik betreten, zumal ich von dem Vertrauen getragen bin, daß in allen Fragen der Stellung Deutschlands in der Welt der ganze Reichstag einig sein wird. (Lebh. Bravo!)

Liebermann v. Sonnenberg (WB.): Herr Scheidemann hat den Reichskanzler und den Polizeipräsidenten plump angeödet. Ich meinerseits habe mich über die energische preussische Sprache des Polizeipräsidenten gefreut. (Gr. Heiterkeit links.) Den Demonstranten täte ein kalter Wasserstrahl not. (Zuruf: Ihnen könnte er auch nicht schaden! Heiterkeit links.) Ausdam schilt Redner auf den Staatssekretär Schoen, der eine weibische Politik treibe, die nach matter Limonade schmecke. (Beifall v. d. anwesenden drei Antisemiten.)

Dove (Fortchr. Rp.) verzichtet unter lebhaftem Beifall der Linken darauf, auf die Ausführungen des Vorredners einzugehen. Hebt hervor, daß die reaktionäre Politik im Inlande nicht ohne schädliche Rückwirkungen auf Deutschlands auswärtige Politik bleiben könne, spricht aber im übrigen dem Reichskanzler trotz scharfen Gegenjahres zu seiner inneren Politik das Vertrauen seiner Partei in Sachen der auswärtigen Politik aus und schließt sich namentlich den Ausführungen des Kanzlers über die Mannesmann-Affäre an. (Lebh. Beifall links.)

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg: Die Angriffe des Abg. Liebermann v. Sonnenberg auf das auswärtige Amt und seinen verdienstvollen Leiter sind (äußerst erregt) das Unerhörteste, was mir je vorgekommen ist. (Lebh. Zust. im Zentrum und links.) Ich weise solche Verunglimpfungen auf das entschiedenste zurück. (Lebh. Zust. auf der gesamten Linken, im Zentrum und einem Teil der Rechten.) Ich weise auch zurück die Unterscheidung, die der Abgeordnete zwischen dem auswärtigen Amt und mir gemacht hat. Ich trage die volle Verantwortung für die auswärtige Politik, hat man Beschwerden, wende man sich an mich. (Lebh. Beifall b. größten Teil des Hauses.)

## Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland. Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän G. von Sarauw.

(40. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Der Kammerherr Delfin hatte den Amtmann Giorth an einem Fenster mit einem der hervorragendsten Prediger der Hauptstadt zusammengebracht. Die beiden Herren, die sich gegenseitig nicht kannten, sprachen vorsichtig ganz im allgemeinen über den Unterschied zwischen Stadt und Land.

Nach einigen gleichgültigen Bemerkungen nahm der Amtmann Anlaß zu sagen: „Es wundert mich oft, wie heutzutage so falsche und mißverständliche Auffassungen über unser Volk sich geltend machen können. Für einen Mann wie mich nimmt sich das namentlich sehr sonderbar aus. Denn ein Beamter in meiner Stellung lebt mehr als irgend ein anderer in und mit dem Volke. Die täglichen Geschäfte bringen mich in unaufhörliche Verbindung mit dem gemeinen Mann; ich sehe den Bauern in seiner Trauer und in seiner Freude; seine guten wie auch seine schlechten Seiten.“

Hier unterbrach ihn der Geistliche behende: „Das ist mir wie aus dem Herzen gesprochen, Herr Amtmann! Ich bin selbst über fünf Jahre Prediger in einer Landgemeinde gewesen, und ich kann wohl sagen — ohne im geringsten mich selbst rühmen zu wollen — daß wenige Prediger so wie ich geradezu in und mit dem Volke gelebt haben. Aber eben darum können mir die modernen hochtrabenden Lobreden über den Bauern.“

„Ja, nicht wahr?“ unterbrach ihn der Amtmann erfreut, „diese beklagenswerte Überschätzung des Volkes ist im Grunde genommen nichts anderes als ein Deckmantel für obstrukten Ehrgeiz.“

„— und Unglauben!“ ergänzte der Prediger. Die beiden Herren verstanden sich und setzten nun das Gespräch in einem gedämpften, vertraulichen Flüstern fort.

Der Redakteur Mortensen kam spät. Er gehörte zu den wenigen, die keinen Orden trugen, aber an seinem ganzen Auftreten, wie er hierhin und dorthin grüßte und den einen oder den anderen vertraulich auf die Schulter klopfte, konnte man erkennen, daß es ein Mann sei, der sicheren Boden unter seinen Füßen fühlte.

Staatssekretär von Schoen wendet sich gegen die Angriffe auf die Tätigkeit der deutschen Konsulate. Die Konsulate erfüllen in jeder Beziehung ihre Pflicht; aber unerfüllbare Forderungen wie z. B. Beeinflussung der Rechtsprechung anderer Länder können sie natürlich nicht erfüllen. (Sehr richtig! links.) — In bezug auf die Zulassung deutscher Juden in Rußland sind Vorstellungen erhoben worden; Rußland hat erklärt, daß eine Änderung seines gesamten Wahsesens geplant sei; vorher könne nichts geschehen. Die Behauptung des Abg. Hansen, daß wir Dänemark gegenüber die Vertragstreue verletzen, ist entschieden zurückzuweisen. Mit aller Entschiedenheit weise ich die Angriffe des Abg. Liebermann v. Sonnenberg zurück, der sich auf die Seite derer gestellt hat, die mit Klatsch und Tratsch gegen mich arbeiten. (Beifall.)

Dr. Arning (natl.) bestreitet, daß das deutsche Volk durch die Mannesmannpresse belogen worden sei und tritt für die Gebrüder Mannesmann ein.

Dr. David (SD.): Was die Gebrüder Mannesmann beanspruchen können, sind Billigkeitsgründe, und die hat man ihnen von vornherein zugestanden. Die Budgetkommission in ihrer großen Mehrheit hat durchaus den Standpunkt des Auswärtigen Amtes akzeptiert. Gewisse Leute hätten am liebsten am Fenerchen der Mannesmannfrage einen Weltkrieg entzündet. Selbstredend haben wir uns auf das Schärfste gegen derartige Fivolitäten gewandt. Die Alldutschen haben sich als beste Stütze einer antidemokratischen Politik vorgestellt. (Hört, hört! bei den Soz.) Wir wahren die höchsten Interessen des deutschen Volkes gegenüber dem unerantwortlichen Treiben einer Clique; aber die Unterstellung, daß wir die Interessen des Auswärtigen Amtes um der schönen Augen des Herrn v. Schoen willen vertreten, ist geradezu lächerlich. Auch wir haben dem Auswärtigen Amt Unterlassungssünden genug vorzuweisen. Es ist nicht dem Pazifismus gegenüber ausländischen Arbeitern und den Schiffsabgaben entgegengetreten, obwohl beides höchst störend in unsere auswärtigen Beziehungen eingreift. Unser Standpunkt in der Mannesmann-Affäre wurde diktiert von der Überzeugung, daß Einzelinteressen gegenüber den Gesamtinteressen zurückzutreten haben. Es mag ja sein, daß, wie Herr Stresemann sagte, die ganze diplomatische Geschichte eine Diebesgeschichte ist (große Heiterkeit), wir aber halten Ehrlichkeit und Rechtsgefühl im internationalen Verkehr für besser als gegenseitige Vegaumerung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Kardinalpunkt der Frage des Weltfriedens ist unser Verhältnis zu England. Die englische Marine-Willkürordenungen sind das Resultat der deutschen Flottentreiberei, die Herr v. Holllein mit Recht als perfide bezeichnet hat. Bei ihrem Eintritt in das Amt war die liberale Regierung zu Flottenreduktionen geneigt. Sie hat aber mit ihren offiziellen und inoffiziellen Anregungen kein Entgegenkommen in Deutschland gefunden und hat jetzt unter dem Eindruck der Chaudoisenerfolge bei den letzten Wahlen die von den Konservativen geforderte ungeheure Flottenvermehrung in ihr eigenes Programm aufnehmen müssen. Die Erklärung des jetzigen Herrn Reichskanzlers klang ja entgegenkommender als die des Fürsten Bülow. Hoffentlich folgt ihr die Tat. Wäre unter Antrag auf Verengung der Flottenrüstungen im vorigen Jahre angenommen worden, so wäre das eine vortreffliche Waffe der englischen Liberalen gegen die Marineflotten, Chauvinisten und Schutzöllner geworden; daß ein englischer Schutzöllner eine kolossale wirtschaftliche Gefahr für Deutschland bedeutet, gab gestern ja auch Graf Kanitz zu. Es ist ja auch bekannt, wie sehr der französische neue Hochschulzolltarif die deutschen Interessen bedroht. Statt aber, wie Herr Wassermann in einer Resolution vorschlägt, für den Zollkrieg zu rüsten, sollten wir lieber auf eine internationale Verständigung auf Herabsetzung der Zollsätze hinarbeiten, zumal auf Antrag unseres Freundes Jaures die französische Kammer einen derartigen Antrag angenommen hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nur auf diesem Weg ist eine Wirtschaftskatastrophe von kolossalen Dimensionen zu vermeiden, die allerdings das eine Gute haben

würde, die preussische Junkerherrschaft hinwegzufegen. Das preussische Volk wird nicht ruhen, bis es diese Junkerherrschaft gestürzt hat. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Jedem Volke das Seine, nationale Selbständigkeit, im Verkehr mit den Völkern die Verwirklichung des alten christlichen Ideals der Solidarität; das ist das Prinzip unserer Internationalität. So will ich denn schließen mit dem Wort eines Führers der englischen Arbeiterpartei: „Je stärker die internationale Arbeiter- und sozialistische Bewegung wirkt, desto unmöglicher wird es für Diplomaten, Aristokraten, Kriegshelmer und Völkerverheer werden, die Arbeiterklassen aller Länder in einen Krieg gegeneinander zu hegen.“ (Lebhaftes Bravo! b. d. Soz.)

Staatssekretär v. Schoen bestreitet, daß die Schiffsabgaben einen Vertragsbruch gegenüber Österreich bedeuten sollen.

Die Debatte wird geschlossen, der Titel Staatssekretär wird bewilligt.

Beim Kapitel „Gesandtschaften und Konsulate“ stellt

Gothein (Rp.) fest, daß es stets die preussische Regierung ist, die mit Subventionierung nationalistischer Heftblätter mit Zollerhebungsempfehlungen und Schiffsabgaben usw. störend in die unsere Beziehungen zu dem Auslande eingreift und dem Auswärtigen Amt die Pflege guter internationalistischer Beziehungen erschwert. (Zustimmung links.)

Scheidemann (SD.): Die Madeira-Mamore-Gesellschaft baut in Brasilien eine Eisenbahn, wozu sie deutsche Arbeiter suchte. Unser Auswärtiges Amt und die Zentrale für Auswandererwesen warnte ausdrücklich. Trotzdem fanden sich mehrere hundert Arbeiter bereit, weil ihnen der Verdienst von 15 Mk. und eine achtstündige Arbeitszeit für jenes Klima außerordentlich viel — zugesichert war. In Hamburg warnte auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes der Senat die Arbeiter noch einmal. Diese Warnung war aber vergebens, weil ein Telegramm vom deutschen Konsul in Manaus eintraf, der das Klima für erträglich erklärte. Als die Arbeiter in Manaus ankamen, wurde ihnen erklärt, der in Deutschland geschlossene Vertrag sei ungültig, sie bekämen nur 8 Mark und müßten 10 Stunden arbeiten. Bei ihren Beratungen wurden sie von Angestellten der Gesellschaft mit geladenen Flinten bewacht. Unter diesem Druck sind etwa 200 auf die Bedingungen eingegangen, die anderen wurden in den Urwald getrieben. (Hört, hört! bei den Soz.) Sie bauten sich Hütten, um zurückzuführen, eines zerbrach, ein Teil der Arbeiter erkrankte, ein Teil wurde von den Indianern ermordet, ein Teil wurde nach Manaus zurückgebracht, fast alle in krankem Zustand. Auch dann hat sich der Konsul wieder ganz unglaublich benommen. Erst ließ er die Leute auf der Straße liegen und dann auf Karren ins Spital schaffen, wo in 5 Tagen 9 von ihnen starben. Endlich nahm sich der Konsul in Rio de Janeiro der Leute an. 44 ließ er nach Hamburg zurückbringen, wo von freilich nur 38 lebend ankamen. In Hamburg wurde ihnen ein Revolver zur Unterzeichnung vorgelegt, wonach sie sich verpflichten sollten, die Reisekosten an das Auswärtige Amt zurückzahlen. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich möchte alle Parteien bitten, in ihrer Presse die Arbeiter vor der Madeira-Mamore-Gesellschaft zu warnen, den Staatssekretär aber frage ich, in welcher Weise er sich mit dem Konsul in Manaus auseinandergesetzt hat. (Bravo! bei den Soz.)

Direktor im Auswärtigen Amt Franke gibt die Darstellung des Abg. Scheidemann als richtig zu.

Dr. Heckscher (Rp.): Wir haben in der Erklärung der Regierung vermischt, was mit dem Konsul in Manaus geschehen ist, durch dessen Verhalten ein wahrhaft frevelhaftes Spiel mit dem Leben deutscher Arbeiter getrieben ist.

Scheidemann (SD.): Ich bitte das Auswärtige Amt, eine strenge Mahnung an unsere Vertreter im Auslande ergehen zu lassen, in derartigen Fällen ungemäße Auskünfte zu erteilen und nicht auf kapitalistische Gesellschaften Rücksicht zu nehmen, wie es hier geschehen ist. (Bravo! bei den Soz.)

lange unser Land einen Beamtenstand hat wie den unfrühen —

„Ja, auf die Prediger und die Richter können wir uns unbedingt verlassen.“ sagte der Amtmann, indem er sie versuchte, eine solche Handbewegung zu machen, wie er sie beim Minister Bennenchen gesehen hatte. „Und wenn am Staatsruder Männer stehen wie Minister Bennenchen — da ist er — welcher ein Mann! So frei und doch so imponant, nicht wahr, Herr Amtmann, hat er nicht eine auffallende Ähnlichkeit mit Goethe?“

„Auffallend — ganz auffallend,“ murmelte der Amtmann.

Der Minister Bennenchen war durch eine kleine, mit einem Vorhang verdeckte Tür eingetreten und stand plötzlich mitten unter ihnen, ohne daß jemand sein Kommen bemerkt hätte. Er trug seine Ministeruniform mit allen seinen Sternen und Großkreuzen, den dreieckigen Hut unter dem linken Arm, die Handschuhe in der Hand.

Die rechte Hand bewegte er leicht, während er die Gruppen zu beiden Seiten begrüßte. Lächelnd, den hübschen Kopf etwas zurückgeworfen, ging er würdevollen Schrittes durch die Gemächer.

Er gab einem Kollegen die Hand und flüsterte ihm einige Worte zu, die der andere mit einem zwerfächtlichen Lächeln erwiderte. Rings umher wurden die Gespräche in leiserem Tone fortgeführt und alle befehlten den Minister im Auge, während sie nur scheinbar die Unterhaltung fortsetzten.

Der Großhändler Falck-Olsen, der schon vor einer Viertelstunde hätte im Sattel sein sollen, näherte sich jetzt dem Minister raschen Schrittes — nicht nachlässig wie in früherer Zeit, sondern mit einer Miene ehrerbietigen Dienstleisters. Der Minister neigte ihm wohlwollend sein Ohr und der Großhändler flüsterte: „Ich nehme den Schimmel!“

Der hohe Herr nickte beifällig, und wie ein Kurier, der den Hof mit wichtigen Depeschen verläßt, eilte der Großhändler durch die Salons; sein Säbel klirte und die neue Uniform strahlte in den hellen Räumen, wo der erste Mai mit seinem munteren klaren Sonnenlicht hineinschien.

Mittlerweile setzte der Minister Bennenchen seine Runde fort, indem er jedem ein freundliches Wort sagte oder eine kleine Bekundung gab.

„Ich habe einen Präsidenten für Ihr Komitee gefunden,“ sagte er zum Bildhauer, „es ist der Amtmann Giorth.“

Er war in der Tat auch in den letzten Jahren ein anderer geworden, seit er die Redaktion des „Wahren Volksfreundes“ übernommen. Seine Wäsche hatte kein gelbliches Aussehen mehr; der Redakteur war zierlich gekleidet und trat mit der zurückhaltenden Würde auf, welche der Presse so gut steht.

Delfin beobachtete Mortensen scharf, um zu entdecken, ob der Redakteur eine geheime Zusammenkunft mit dem Minister gehabt habe.

Eine solche hatte allerdings stattgefunden.

Der Minister sprach anfangs etwas gereizt zu ihm von dem Vorfall mit den im Chaos liegenden Akten. Aber Mortensen nahm sich heraus, ihn kurz zu unterbrechen: „Eben dieser Mord hängt an, etwas unbedeutend zu werden. Er geht umher und erzählt mythische Geschichten von einer gewissen Madame Gluncke, welche —“

„Hm!“ — erwiderte der Minister, „Sie haben recht; ich bin schon lange unzufrieden mit ihm; er fängt leider an kindisch zu werden.“

Der Minister schlug sofort einen anderen Ton an, und als Mortensen das Rotor verließ, strahlte sein bleiches aufgebunnes Gesicht.

Es lag noch ein Abglanz von dem genossenen Triumph auf seinen Wangen, als er sich Delfin näherte und sagte: „Wollen Sie mich dem Amtmann Giorth vorstellen, Herr Bureauchef?“

„Nein,“ antwortete der Kammerherr trocken und machte sich dann vor dem Spiegel an seinem Wassaorden zu tun.

Mortensen verschluckte seine Wut und fuhr fort: „Ich sollte Ihnen dies ausdrücklich vom Minister sagen.“ Delfin zuckte die Achseln und führte Mortensen zum Amtmann.

„Herr Amtmann Giorth! Ich habe den Befehl erhalten, Kanaklist Mortensen vorzustellen.“ Damit drehte er sich um und schritt auf das Kabinett der Frau Minister zu; er suchte Silba überall, aber sie war nirgends zu finden.

Mortensen schwor im Stillen, bittere Rache am Bureauchef zu nehmen; als er dann mit ein paar kurzen Worten erklärt hatte, wer er eigentlich sei, erhielt sich das Amtlich des Amtmanns. Dann ging das Gespräch auf die Fragen des Tages über und der Amtmann sprach seinen Unwillen und seine Bekummerung über die schwierigen Zeitläufte aus.

Aber der Redakteur antwortete beruhigend: „So



Direktor Franzius: Wir haben von dem Konsul in Manaus einen Bericht gefordert, der noch nicht da ist. Es handelt sich um einen Wahlkonsul, der dort lebt und das Klima wahrscheinlich nicht für sehr schlecht hält.

Das Kapitel wird bewilligt.  
Beim Kapitel „Allgemeine Fonds“ werden von 1 800 000 Mark „zu geheimen Ausgaben“ gemäß Kommissionsantrag 800 000 Mk. gestrichen. Der Rest des Stats wird debattelos bewilligt.

### Stat des Reichsschatzmeisters.

Die vorliegenden Resolutionen zur Eosfrage und Veteranenfrage werden zur Beratung nach Osnern zurückgestellt.

Ein Antrag Albrecht (SD.) u. Gen. wünscht Änderung des Tabaksteuergesetzes dahin, daß den Einzelstaaten weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Hausgewerbetreibenden und Arbeiter, die infolge des Gesetzes arbeitslos geworden sind, ausreichend zu unterstützen.

Stolle (SD.): Der Reichstag hat am 4. März v. J. einer Petition um Wiedereinführung des Identitätsnachweises und Aufhebung der Ausnahmetarife der Regierung zur Berücksichtigung übermiesen. Hieraus ist nichts geschehen, während agrarischen Wünschen sofort Rechnung getragen wird. (Lebt, Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch in diesem Jahre hat sich die Roggenausfuhr bedeutend vergrößert, und durch das System der Einfuhrschemine wird die Reichskasse jährlich um viele Millionen geschädigt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich frage, was gedenkt die Regierung demgegenüber zu tun? Sie handelt wie immer auf Kommando der Agrarier. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Redner weist auf der Statistik nach, daß trotz der guten Ernte die Preissteigerung gestiegen sind. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auf dem Gastmahl des Landwirtschaftsrates hat Graf Schwerin-Löwig gesagt, die Verteuerung der Lebensmittel rühre von den gesteigerten Löhnen der Arbeiter her. Ich frage den Präsidenten, was für Löhne die Arbeiter bekommen.

Präsident Graf Schwerin: Der Präsident des Reichstages ist nicht in der Lage Auskunft zu geben über das, was der Graf Schwerin-Löwig im Landwirtschaftsrat gesagt hat. (Große Heiterkeit.)

Stolle (SD. [fortfahrend]): Nun, die Arbeiterlöhne, die Graf Schwerin so hoch findet, betragen ganze 13 Pfg. in der Stunde. (Hört, hört! bei den Soz.) Es ist Zeit, mit der gesamten Zollpolitik zu brechen. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Reichsschatzsekretär Wermuth: Eine Denkschrift über die Einfuhrschemine wird dem Reichstage in den nächsten Tagen zugehen.

Die fortbauenden Ausgaben werden bewilligt.

Zu den einmaligen Ausgaben steht der bereits mitgeteilte Antrag Albrecht (SD.) zur Debatte sowie ein Antrag Albrecht, den Wortlaut des von der Kommission beantragten Titels auf Unterfütterung der Tabakarbeiter abzuändern.

Reichsschatzsekretär Wermuth: Der Fonds von vier Millionen wird im Hochsommer zu Ende gehen. Für die weiteren Unterfütterungen wird der von der Kommission eingelegte Betrag von 750 000 Mk. reichen, bis der Reichstag wieder zusammentritt. Sollte das aber nicht der Fall sein, so werde ich mich zu weitherziger Auslegung des Gesetzes berechtigt erachten.

Mollenhuth (SD.): Unser Antrag auf Abänderung des Gesetzes würde alle Schwierigkeiten beseitigen. Daß die 4 Millionen nicht reichen, haben wir vorausgesetzt. Das Zentrum hat aber den Fond auf 4 Millionen beschränkt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Mit Rücksicht auf diese geringe Summe wird nun eine Reihe von Bedürfnissen von der Unterfütterung ausgeschlossen, zunächst viele kleine Fabrikanten, die eigentlich Arbeiter sind und ihr Gewerbe aufgeben mußten. Ebenso auch Zigarrenarbeiter, die infolge der Finanzreform brotlos wurden. Ferner sind Leute ausgeschlossen, die Zigarrenarbeiter waren und vom Militär kamen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wie sollen die Zollbehörden überhaupt die Hilfsbedürftigkeit feststellen? Deshalb haben wir in unseren Antrag verlangt, daß die Worte: „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ zu streichen sind, denn es darf nicht nur dann ein Arbeiter unterstützt werden, wenn er schon so weit heruntergekommen ist, daß er Armenunterstützung bezieht. (Zust. b. d. Soz.) Ich bitte um Annahme unserer Anträge. (Beifall b. d. Soz.)

Everling (M.): Für meine Person stimme ich für Streichung der Worte: „in Fällen besonderer Hilfsbedürftigkeit“ zu.

Ministerialdirektor Kühn bittet, die Worte aufrecht zu erhalten.

Hormann (Fortchr. Vp.) spricht sich für die Streichung aus.

Behrens (WBg.): Am praktischsten wäre es, eine neue entsprechende Fassung zu finden.

Inzwischen ist ein Antrag Zuehl (SD.) und Genossen eingegangen, anstatt der zu streichenden Worte zu setzen: Die wegen der Änderung des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 arbeitslos geworden sind“.

Der Antrag Zuehl wird angenommen und mit dieser Änderung der Antrag der Kommission.

Die einmaligen Ausgaben werden bewilligt und der Rest des Stats debattelos erledigt.

Beim Stat der Zölle und Verbrauchssteuern rügt Abg. Huber (SD.) Härten der bayerischen Zollverwaltung und Abg. Lehmann-Wiesbaden (SD.) Unflimmigkeiten in den Ausführungsbestimmungen zum Branntweinsteuergesetz. Der Stat wird bewilligt.

Debattelos bewilligt werden der Stat der Reichsschuld, Staatsreste und das Statgesetz. Die Novellen zum Besoldungsgesetz betr. Stellung der Veterinäre wird in erster und zweiter, das Reichskontrollgesetz in zweiter Lesung debattelos angenommen, desgleichen die Resolution Wassermann (M.) auf Regelung des Besoldungswesens und auf kaufmännische Buchführung in den Reichsbetrieben.

Hierauf verlegt das Haus sich auf Donnerstag 10 Uhr (8. Lesung des Stats, der Novelle zur Besoldungsordnung, des Reichskontrollgesetzes.)  
Schluß 1/10 Uhr.

## Wir wollen Friede, Freiheit, Recht!

Eine mehrtausendköpfige Menge war gestern Abend dem Rufe der sozialdemokratischen Parteileitung gefolgt und hatte sich zu einer Volksversammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses eingefunden. Bis auf den letzten Platz waren die weiten Räume gefüllt. Die gewaltige Menschenmenge wollte durch ihr Erscheinen dokumentieren, daß sie die Worte, welche das Thema der gestrigen Versammlung bilden: „Wir wollen Friede, Freiheit, Recht!“ sich zu eigen macht, daß sie treu und fest hält zu jener Partei, welche unermüdet für den Kampf um Friede und Recht kämpft. Der für den gestrigen Abend gewonnene Redner, der Genosse Reichstagsabgeordneter Karl Hildenbrand aus Stuttgart, verstand es, in trefflichen Worten diesen Gedanken und Ideengang der Versammelten zum Ausdruck zu bringen.

Kurz vor 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Genosse Löwig, die Versammlung und erteilte dem Referenten das Wort. Genosse Hildenbrand führte ungefähr folgendes an:

Wo Parteigenossen und Parteigenossinnen beisammen sind, da singen sie mit Begeisterung jenes Lied, in dem es heißt:

Wir wollen Friede, Freiheit, Recht,  
Daß keiner sei des andern Knecht,  
Daß Arbeit aller Menschen Pflicht  
Und keinem es an Brot gebricht!

Wir singen dieses Lied, weil wir den Kampf für Friede, Freiheit und Recht auf unsere Fahne geschrieben haben. Allerdings wäre ich nicht überrascht, wenn mir in dieser Versammlung ein Diskussionsredner entgegengetreten und sagen würde, daß auch andere Parteien für Friede, Freiheit und Recht eintreten. Ich würde mich auch nicht wundern darüber, wenn offizielle Vertreter des Christentums hier auftreten und für sich das Recht in Anspruch nehmen würden, daß sie Vertreter des Rechts, der Freiheit und des Friedens seien. Sie alle aber haben kein Recht, sich als Vertreter dieser großen Ziele auszugeben. Wenn es wahr wäre, daß irgend eine Gruppe, irgend eine Klasse in der Vergangenheit für diese Ziele eingetreten wäre, dann könnten wir heute nicht so weit von diesen Zielen entfernt sein. Und weil keine der feitherrigen Richtungen, weil weder Christentum noch andere Gemeinschaften sich ernstlich dieser Aufgabe gewidmet haben, deshalb ist es die Pflicht der Arbeiterklasse aller Länder, aller Erdteile geworden, für dieses Ziel zu kämpfen.

Wir wollen Recht, d. h. wir wollen gleiches Recht für alle! Da wird man uns nun sagen: Ihr habt ja gleiches Recht für alle! Wir leben ja in einem Rechtsstaat, haben Institutionen, die jedem Menschen das Recht garantieren! Gewiß, wenn heute jemand den anderen totschlägt oder sich am Eigentum vergeht, dann wird er nach bürgerlichen Gesetzen bestraft. In diesem Zusammenhang haben wir heute schon auf formalem Recht ruhende Garantien. Wir aber wollen gleiches Recht für alle Staatsbürger und Staatsbürgerinnen in allen Staaten. Es ist hier zu konstatieren, daß wir in Deutschland und auch anderswo noch weit entfernt sind von dem Zustand: Gleiches Recht in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Wir haben zwar in Deutschland das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag. Dieses Recht aber ist beschränkt, ist eingeengt durch die ungleiche Einteilung der Reichstagswahlkreise. Das alte Land hat durch die Einteilung den Städten gegenüber große Vorteile, diese natürlich den Junkern und deren Helfershelfern zugute kommen. Wenn jedoch die Arbeiterklasse und die Leute aus dem Bürgertum das allgemeine Wahlrecht richtig benutzt hätten, dann könnten Junker und Geistlichkeit in Deutschland heute nicht mehr jene Rolle spielen, wie es tatsächlich der Fall ist. (Sehr richtig!) Die Schuld hieran trägt nicht zum mindesten die Arbeiterklasse. In einer Reihe deutscher Staaten haben sich die besitzenden Klassen das Vorrecht der politischen Vorherrschaft gesichert. Wir brauchen nicht nach Preußen zu gehen, sondern wir können in Lübeck bleiben. Erst hier hat sich vor einigen Jahren das Vorrecht bestehende Vorrechte abzuschaffen, weitere Vorrechte geschaffen hat durch Einführung der Klassenwahlrechts, der Anwesenheitsdauer und der 5-jährigen ununterbrochenen Steuerleistung. Hier in Lübeck kann von einem gleichen Recht aller Staatsbürger nicht gesprochen werden. Viel schlimmer sieht es hiermit allerdings in Preußen aus. Es ist ein charakteristisches Zeichen in Deutschland, daß heute das preussische Volk die schwierigsten Kämpfe zu führen hat, um das gleiche Wahlrecht zu erringen. Trotz dieser Kämpfe wird die besitzende Klasse vorläufig noch an ihren Vorrechten festhalten; sie will von denselben nichts abrücken. Ein derartiges ungleiches Wahlrecht wie in Preußen hat den Nachteil, daß bei den Wahlen die besitzenden Klassen, auf der einen Seite die konservativen Junker, auf der andern Seite die florierenden Pfaffen sich die Majorität in der Gesetzgebung zu verschaffen wissen. In dem Augenblick, wo es ihnen möglich ist, sich die Macht zu sichern, drücken sie allen Gesetzen den Stempel der Wahrung ihrer besonderen Klasseninteressen auf. Diese Klasse wird jederzeit bereit sein, die Pflichten möglichst von sich abzumägen und die Lasten der Arbeiterbevölkerung aufzubürden. Bei der Steuererhebung wollen sie den großen Geldbeutel schütten auf Kosten der breiten Masse des Volkes. Dieselbe Interessenwirtschaft, wie bei der Steuererhebung, tritt auch bei der Schulbildung in die Erscheinung. Der Geldbeutel ist hier maßgebend. Während sie die Fürsorge für die höheren Schulen dem Staate, also der Allgemeinheit, auferlegen, übertragen die herrschenden Klassen die Pflege für die Volksschulen den Gemeinden. Die Volksschulen sind also abhängig von der häufig recht geringen finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Damit erreichen wir, daß die Kinder des arbeitenden Volkes nur genau so viel lernen, um als ausbeutungsfähige Arbeitsobjekte dienen zu können. Die Arbeiterklasse aber hat die Pflicht,

mit aller Energie dafür einzutreten, daß die Schullasten auf alle Schultern gelegt werden, damit dem Volke eine möglichst gute und umfassende Bildung zuteil werden kann. Wir wollen, daß der Besuch der höheren Schulen nicht abhängig ist von dem Geldbeutel des Vaters, sondern von dem Talente und den Fähigkeiten des Schülers. In dem Augenblick, wo der Grundsatz der gleichen Rechte und Pflichten in Bezug auf die Schulbildung sich Bahn bricht, in dem Augenblick haben die herrschenden Klassen ihre geistige, politische und wirtschaftliche Macht eingebüßt. Wir erkennen hieraus, daß wir alles daran setzen müssen, um zur Macht zu gelangen.

Wie beim Wahlrecht, bei der Steuererhebung und beim Schulwesen sieht es auch im ganzen öffentlichen Recht aus. Die Arbeiterklasse ist hier noch weit im Nachteil gegenüber den Besitzenden. Wenn jemand mit dem Strafrecht in Konflikt kommt, so wird der Angehörige der besitzenden Klassen eine ganz andere Behandlung erfahren, als ein armer Teufel. Die Bourgeoisie schafft sich nicht nur Vorrechte, sondern sie nützt ihre „Vorrechte“ aus, um bei der Verteilung der Pflichten diese dem Armen aufzubürden und für sich die Rechte zu behalten. Man behauptet, die „vaterlandlosen Gesellen“ wollten sich von den Lasten des Staates drücken. Demgegenüber sage ich, daß es keinen Sozialdemokraten gibt, der nicht alle Pflichten, die das Staatswesen an ihn zu stellen berechtigt ist, erfüllen will. Mit Recht aber verlangt die Sozialdemokratie eine gerechte Verteilung der Steuerlasten. Wir wollen nicht größere Pflichten übernehmen, als uns nach unserem Einkommen auferlegt werden können. Und da hapert es bei uns im gegenwärtigen Augenblick beinahe überall sehr.

In der Frage der Steuererhebung tritt die Verteilung der Pflichten in ihrer ganzen Ungerechtigkeit in die Erscheinung. Nur noch ein einziges Beispiel. Wir haben in Deutschland eine Einnahme von rund 1441 Millionen Mark, die das Reich zu seinem Unterhalt gebraucht. Nun sollte man doch meinen, daß ein solches Reich bestrebt sein müßte, die Lasten des Unterhalts gleichmäßig zu verteilen. Jeder Bürger soll nach seiner Leistungsfähigkeit herausgezogen werden, sowohl die Arbeiter als auch die Kapitalisten. Bei den Arbeitern kennt man das Einkommen ziemlich genau, nicht aber bei den Kapitalisten. Manchem mag es nun auffällig erscheinen, daß er noch niemals einen Steuerzettel vom Reiche erhalten hat, sondern nur vom Staat und der Gemeinde. Das rührt daher, daß das Reich keine direkten, sondern nur indirekte Steuern erhebt. Im letzten Jahre hat man im Deutschen Reiche an Zöllen und indirekten Steuern erhoben 631 900 000 Mark, die sich auf die wichtigsten Lebensmittel verteilen. Wir in Deutschland produzieren nicht alles Getreide, das wir brauchen. Wir müssen Getreide einführen und hiervon erhebt man pro Doppelzentner einen Zoll von 5 Mk. an der Grenze. Nun glaubt doch wohl aber niemand, daß der Importeur diesen Zoll selbst bezahlt. Er läßt ihn sich vielmehr vom Müller wiedergeben, dieser vom Bäcker und dieser wieder vom Konsumenten. Es wird nun aber doch wohl niemand behaupten, daß die Reichen mehr Brot essen als die Arbeiter. Das Gegenteil ist bekanntlich der Fall. Der Reiche, der opulente Diners und Soupers vertilgt, benutzt das Brot höchstens als Vorgabe. Eine Arbeiterfamilie konsumiert viel mehr Brot als die eines Millionärs, zahlt also weit mehr indirekte Steuern. Beim Schnaps ist dasselbe der Fall. Der Reiche, der Wein im Keller liegen hat, kauft keinen Schnaps. Bei uns im Süden, wo wir billiges Bier und billigen Wein haben, kommt der Schnaps noch gar nicht so viel in Frage als hier im Norden. Greifen wir weiter das Salz heraus. Das Deutsche Reich erhebt eine Steuer von 6 Pfg. pro Pfund. In der Schweiz kauft man das deutsche Salz für 4 Pfennig pro Pfund. Aber keine Hausfrau denkt hier wohl daran, daß wenn sie ein Pfund Salz kauft, sie 6 Pfg. indirekte Steuern, und wenn sie einen Liter Petroleum kauft, sie 8 Pfg. Steuern zahlt. Von früh bis abends zahlt man in einer Tour Steuern. Aber an dem Tage, an dem die Arbeiter all das bedenken und daraus die richtigen Konsequenzen ziehen, ist das gleiche Recht in der Gesetzgebung durchgeführt.

Wir wollen Freiheit! Ab morgen ist der 18. März. Wenn wir heute hier in einer großen Versammlung uns befinden, so denkt niemand daran, daß es früher einmal anders war. Versammlungsfreiheit, Redefreiheit und Pressefreiheit waren bis zum Jahre 1848 nicht durchgeführt. Bis zu jenem Jahre war das Recht des Volkes, sich an der Gesetzgebung zu beteiligen, überhaupt nicht gegeben. In Frankreich und im Süden hatte die französische Revolution und die napoleonische Ära früher etwas mehr Freiheit gebracht. Wenn wir heute Vereins-, Press- und Konstitutionsfreiheit haben, so danken wir das denen, die 1848 hinausgingen und ihr Blut und ihr Leben für die Freiheit ließen. Wir gedenken heute derer, die in den Kasematten schmachteten und in den Festungsgräben oder hinter den Barrikaden ihr Leben ließen. Diesen Helden danken wir es, daß wir uns vereinigen und organisieren können. Die Sozialdemokratie hat dann unermüdet diese Freiheitsarbeit fortgesetzt. Solange die besitzenden Klassen natürlich das Vorrecht haben, werden sie alles daran setzen, eine Freiheit, die ihren Vorrechten gefährlich wird, zu hintertreiben. Darum muß die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß die Freiheit nach jeder Richtung hin erobert wird.

Wir reklamieren die Freiheit für uns nicht nur auf dem Gebiete der Politik, nicht nur auf dem Gebiete der Gesetzgebung, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Der Arbeiter mag heute politisch so frei sein, wie er will, solange er mit seiner Arbeitskraft abhängig ist vom Kapital, solange kann dieses ihn sogar an der Ausübung seiner politischen Freiheit hindern. Deshalb hat die Sozialdemokratie es von jeher als ihre erste Aufgabe betrachtet, den Arbeitern die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erkämpfen.

Es hat eine Zeit gegeben, wo die Herstellung der Produkte einzig und allein für den Selbstgebrauch vor sich ging. Diese Zeit wurde abgelöst durch die handwerksmäßige Herstellung der Produkte. Damals hatte das Handwerk noch einen goldenen Boden. Dieser goldene Boden bekam aber an dem Tage ein Loch, an dem menschlicher Erfindungsgeist die erste Maschine hergestellt und in Betrieb gesetzt hatte. Aber nur derjenige konnte sich diese neue Einrichtung zu Nutzen machen, der auf Grund seines Kapitals die Maschinen kaufen und andere für sich arbeiten lassen konnte. So finden wir auf der einen Seite den Besitzer der Produktionsmittel, auf der andern den beschlossenen Produzenten. Der Arbeiter bleibt immer ein armer Teufel, der Unternehmer wird immer reicher. Ein alter griechischer Philosoph hat einstmal gesagt: Wenn einst die Webeschiffchen von selbst gehen, ist das goldene Zeitalter der Menschheit gekommen. Die Webeschiffchen gehen von selbst, aber die Erlösung der Menschen ist noch nicht erfolgt. Im Gegenteil: Neben dem Manne hat man auch die Frau an die Maschine gespannt. Die weibliche Arbeitskraft ist billiger als die des Mannes und deshalb muß unser Bestreben sein: Für gleiche Arbeit gleiche Lohn. Die Frau muß nicht die Konkurrenz sein, sondern die Mitarbeiterin des Mannes. Wenn dann dem Arbeiter der Lohn zuteil wird, den er gebraucht, um Weib und Kinder anständig ernähren zu können, dann wird auch der elende Zustand aufgehoben, daß die

„Hm! — der Herr dort hinten am Fenster?“ fragte der Künstler mit einem wohlgezogenen Anflug von Enttäuschung; „aber ist der Herr nicht ganz fremd in der Hauptstadt?“

„Er wird hier nicht lange mehr fremd sein“, flüsterte der Minister.

„Ah, ich verstehe“, antwortete der andere mit schwedischem Akzent, und zog die Augenbrauen in die Höhe.

Ferner ward es ausdrücklich bemerkt, daß der Minister dem Amtmann Hiorth die Hand reichte, was er sonst nur bei seinen Kollegen getan hatte; Amtmann Hiorths Ernennung zum Minister an des alten Falbes Stelle erschien jetzt aber allen Zweifel erhaben.

„Wir — Herr Redakteur Mortensen und ich — sprechen gerade davon, wie gut es doch ist, in diesen schweren Zeiten jedenfalls unbedingt auf den Prediger- und den Richterstand bauen zu können.“ Der Amtmann sagte das mit einem kleinen Anflug von Stolz.

„Oder mit anderen Worten“, bemerkte der Minister, „daß die Religion und die Gerechtigkeit auf unserer Seite sind.“

„Was für ein Mann!“ seufzte der Amtmann Hiorth, als der Minister weiter ging; er mußte unwillkürlich seinen Ausdruck mit dem von dem großen Manne gebrauchten vergleichen, und indem er zum Fenster hinaus sah, fügte er hinzu: „Ah ja, es gehört wahrhaftig viel dazu, eine solche Stellung auszufüllen.“

„Gestatten Sie mir — Herr Min. . . Herr Amtmann!“ verlegte Mortensen in ehrerbietigster Zone, „gestatten Sie mir, Sie an einen guten alten Spruch zu erinnern: wem Gott ein Amt gibt, dem wird er auch das Vermögen und die Kraft schenken, es zu verwalten.“

„Ich danke Ihnen, Herr Redakteur, ich danke Ihnen“, rief der Amtmann mit Wärme und ergriff die Hand des anderen: „Ja, Sie haben recht, es muß alles von oben herab kommen.“ Und er schlug seine Augen auf zum hohen blauen Frühlingshimmel, der sich über die Dächer wölkte.

(Fortsetzung folgt.)



Gamille des Arbeiters durch die Mitarbeit der Frau zerstört wird. (Sehr richtig!) Kämpfen wir für die Eringung der wirtschaftlichen Freiheit, kämpfen wir dafür, daß die Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft, der Allgemeinheit, übergehen. (Wesfall.) Nun wird man mir entgegenhalten: Wie soll das vor sich gehen, das kann doch nur auf dem Wege der Revolution geschehen? Dem halte ich entgegen: Heute noch sind in Amerika, Frankreich, England usw. die Eisenbahnen in Privatbesitz. In Preußen war das bis 1865 auch der Fall. Im Namen des Königs von Preußen — der wohl nicht im Verdachte steht, Sozialdemokrat zu sein — wurden 1865 die Eisenbahnen verstaatlicht. Niemand von Ihnen kann eine Postkarte für 5 Pfg. von hier nach Hamburg schaffen, der Staat schafft sie bis Wafel dadurch, daß er die Post und Eisenbahnen übernommen hat. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Schulen, deren Verstaatlichung erst die allgemeine Schulpflichtigkeit geschaffen hat. Verkehrs- und Bildungsinstitute sind verstaatlicht ohne Revolution, warum soll das nicht auch mit anderen Produktionsmitteln gehen? Heute bestimmt eine Firma den Petroleumpreis für die ganze Welt, das rheinisch-westfälische Kohlenfundikat nimmt dem Volke durch sein Monopol ungeheure Summen ab. Ist das nicht ein blühender Unfug? Die Zeit wird kommen, wo alle Produktion verstaatlicht werden muß — ohne Revolution. Soweit die Arbeitsverhältnisse in den Staatsbetrieben in Frage kommen, so ist darauf hinzuwirken, daß sie im allgemeinen geregelt sind. Es sind Pension, Ferien usw. eingeführt worden. Das, was der Staat seinen Arbeitern verspricht, muß auch von den Arbeitgebern der Privatindustrie gefordert werden. Dieses zu erreichen sind die Gewerkschaften geschaffen. Früher bestimmte der Meister die Arbeitszeit der Gesellen und den Lohn nach Willkür. Wenn heute der junge Mann in den Betrieben geregelten Lohn und geregelte Arbeitszeit hat, so hat das schwerer gewerkschaftlicher Kämpfe bedurft. Ungeheure Opfer an Geld, Freiheit und Gesundheit haben dafür gebracht werden müssen. Deshalb ist es Pflicht jedes Arbeiters den gewerkschaftlichen Organisationen anzugehören und mit aller Energie für deren weitere Ausbreitung zu sorgen!

Wir wollen Frieden! Am Weihnachtsfest stellen sich die besoldeten Beamten der Kirche auf die Kanzel und predigen den Frieden auf Erden. Ist das nicht die reine Heuchelei? Die Handlanger der herrschenden Klassen wissen sehr gut, daß wir bis an die Zähne bewaffnet sind, und daß von Frieden keine Rede ist. Wir geben jetzt für Heer und Marine jährlich etwa 1600 Millionen Mark aus, um die besten Kanonen, die besten Waffen, die meisten Soldaten in der Welt zu haben. Frankreich, England und Deutschland bauen heute um die Wette Kriegsschiffe. Wenn die Franzosen drei bauen, bauen wir vier und die Engländer sieben, der Engländer beruft sich bei dem Wettstreit auf den Deutschen und diese wieder auf den Engländer. Statt Kulturaufgaben zu erfüllen, wird der ganze Wohlstand des Volkes durch das Wettlaufen vernichtet. Und warum? Etwa ausschließlich gegen den äußeren Feind? O nein! Das Heer soll eventuell gegen den inneren Feind Verwendung finden. Hat doch selbst der deutsche Kaiser einmal gesagt, jeder Soldat müsse bereit sein, auf Vater und Mutter zu schließen. Diese Kriegspolitik muß entschieden bekämpft werden. Wir werden aber in unseren gesetzmäßigen Körperschaften vorläufig diese Kriegspolitik noch nicht befeitigen. Wir Sozialdemokraten haben zwar jedes Jahr Anträge gestellt, die Lasten zu vermindern, aber solange wir die Mehrheit nicht haben, entspricht man unseren Anträgen nicht. Darum muß alles aufgegeben werden, um eine andere Mehrheit im Reichstage zu erlangen. Wir Sozialdemokraten sind nicht vaterlandslos; wir sind im Falle der Gefahr bereit, für unser Vaterland einzutreten.

Wenn die Arbeiter aller Länder eines Willens sind, so sind die Bedingungen für die Zeit des Friedens, der Freiheit und des Rechtes gegeben. Darum an die Arbeit. Wir Alten wollen weiter wirken, weiter arbeiten für unsere Ideen, wollen mit zähem Mute weiter ringen. Die Jungen aber mögen sich der Kämpfer von 1848 erinnern, und sich geloben, das, was diese angestrebt, zu erfüllen suchen.

Und so schreie ich nun meine Ausführungen mit dem Dichterwort:

Wir wollen Frieden, Freiheit, Recht,  
Daß keiner sei des andern Knecht,  
Daß Arbeit aller Menschen Pflicht,  
Und keinem es an Brot gebracht!

(Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion nahm der Genosse Stellung das Wort. Er führte aus, daß es die Pflicht der Versammelten sei, den um die Eringung eines gerechten Wahlrechts kämpfenden preussischen Arbeitern ihre Sympathie in diesem schweren Kampfe auszudrücken. Heute hat die Regierung erklärt, daß sie dem schwachwollen Nachwerk der Konservativen und des Zentrums ihre Zustimmung geben und damit ein Gesetz sanktionieren will, das die großen Kreise des werktätigen Volkes in Preußen auch weiterhin rechtlos macht. Sie hält demnach den Waffen und Jurnern die Steigbügel. Die preussische Arbeiterpartei hat durch ihre machtvolle Demonstrationen die Bewunderung aller einsichtigen Leute errungen. Friedlich sind diese Kundgebungen überall dort verlaufen, wo nicht die Polizei Blutvergießen verübte und wehrlose Passanten attackierte und niederritt. Der Kampf der preussischen Arbeiterpartei um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht wird solange fortgeführt werden, bis es gelungen ist, denselben siegreich zu beenden. Das ganze deutsche Volk hat das lebhafteste Interesse daran, daß in Preußen die Macht der Reaktion gebrochen wird, denn gerade Preußen ist das größte Hindernis für die Einführung besserer Wahlrechte in den übrigen deutschen Bundesstaaten. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Löwig wies darauf hin, daß auch in Lübeck die breiten Volksschichten minderen Rechts gemacht worden sind durch die besitzenden Klassen. Auch hier gelte es, dafür zu sorgen, daß ein gerechtes Wahlrecht geschaffen werde. Von den bürgerlichen Parteien sei nicht zu erwarten, daß sie den Arbeitern ein gleiches Recht geben, daß sie für ein gleiches Recht kämpfen würden. Einzig und allein die Sozialdemokratie ist es, die gleiches Recht für jedermann fordert. Deshalb ist es notwendig, Aufklärung zu schaffen und dafür zu sorgen, daß jeder Arbeiter sich seiner politischen Organisation anschließt. Mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde darauf die gestrige imposante Kundgebung der Lübecker werktätigen Bevölkerung geschlossen.

## Aus der Partei.

**Großbetrieb der Braunschweiger Staatsanwaltschaft.** Den Reford in der Erhebung von Anklagen aus Anlaß der Wahlrechtsbeleidigung hat zweifellos die Braunschweiger Oberstaatsanwaltschaft erreicht. Genosse Wiese meier soll die Polizei in nicht weniger als 20 Artikeln, die in sechs Nummern des „Volksfreunds“ enthalten sind, beleidigt haben. Der Landtag fühlte sich durch 2 Artikel beleidigt, und der leitende Staatsminister in einem Artikel. Selbst in der Au-

sammenstellung von „Stimmen der Parteipresse“ über die Braunschweiger Wahlrechtsdemonstration wird eine Beleidigung der Braunschweiger Polizei erblickt. In einer Sonntagsplauderei über die in Braunschweig herrschende Empfindlichkeit der Behörden steht man sogar eine — Gotteslästerung.

**Brechprozess.** Am Dienstag wurde der Redakteur der „Birnauer Volkszeitung“, der Genosse Schenbor, der seinerzeit vom Birnauer Schöffengericht wegen Beleidigung eines Oberleutnants zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt war, vom Landgericht in der Berufung zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

**Konfiszieren!** In der Buchhandlung der „Frankfurter Volksstimme“ erließen am Montag vormittag ein Polizeikommissar mit einer Anzahl Schulleute und nahm konfiszatorisch 41 Exemplare der „Wiener Märzzeitung“ mit. Und warum? Wegen der Reproduktion eines Druckes aus dem Jahre 1848 selbst, auf dem in der Art und mit den Farben der Bilderbogen von Gustav Kühn aus Neu-Ruppin dargestellt ist: „Die große Barrade nächst der Johannis Kirche in der Jägerzeile unter dem Befehle des Generals Dem.“ Deshalb!!! Und abermals „rettete“ die Kühne preussische Polizei die Stadt Frankfurt a. M. vor dem sicheren Untergang!

## Gewerkschaftsbewegung.

**Aussperrung im Steinsechergewerbe in Sicht?** Die Verhandlungen zur Erneuerung des Tarifs für Rheinlands-Westfalen, die am Montag in Düsseldorf stattfanden, haben vorläufig zu keinem Ergebnis geführt. Die Unternehmer, die eine Gruppe des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe bilden, erklärten, auf die Einbringung des Mustertarifs zwar verzichten zu wollen, aber sie bestanden auf die unveränderte Verlängerung des bisherigen Tarifs auf mindestens zwei Jahre. Die Arbeiter hatten ihrerseits keinerlei Forderungen gestellt, erklärten sich jedoch mit einer einjährigen Verlängerung des Tarifs einverstanden. Die Arbeitgeber lehnten das ab, da sie in dieser Hinsicht gebundenes Mandat hätten, an Lohnaufbesserungen z. sei unter keinen Umständen zu denken. Sie fügten hinzu, falls bis zum 31. März ein neuer Tarif nicht abgeschlossen ist, sie ihre Betriebe schließen würden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es noch einmal zu Verhandlungen kommt, es ist aber auch mit der Aussperrung zu rechnen. Das Tarifgebiet umfaßt den größten Teil der beiden Provinzen Rheinland und Westfalen.

**Tarifbewegungen in der Brauindustrie.** Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Brauereiarbeiter in Dresden am Sonntag, den 13. März, beschloß, den am 30. Juni dieses Jahres ablaufenden Tarifvertrag der Brauereien in Dresden zu kündigen.

Auch die Brauereiarbeiter in Herford in Westfalen beschloßen einstimmig die Kündigung des Tarifs.

Mit den Brauereien in Krefeld schloß der Brauereiarbeiterverband einen Tarifvertrag ab, wodurch die Löhne gegen die vor einigen Jahren erfolgte Vereinbarung um durchschnittlich 6 Mark pro Woche erhöht wurden. Dazu kommen sonstige Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse. — Bei dieser Bewegung wollten auch die „Christlichen“ wieder die beliebigen Quartierbetriebe machen. Trotzdem sie in den Krefelder Brauereien kein einziges Mitglied hatten, wollten sie im Tarifvertrag aufgenommen sein. Sie beriefen am Tage der vorletzten Verhandlung eine Versammlung der Arbeiter einer Brauerei ein, um Forderungen zu stellen. Die ganze Taktik deutet darauf hin, daß sie von den Unternehmern dazu anmiert wurden, um die Position der Unternehmer zu stärken zum Schaden der Arbeiter. Es war vergebliche Mühe.

**Ein Streik der „Gelben“.** Daß die „gelben Vereine“ keine Sicherheit für die Unternehmer gegen „Streikgäfte“ bieten, hat sich am Sonnabend wieder in Wagnitz gezeigt. In der mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei sollten die Leute der Weberei in Zukunft die Kammräder puzen, was sie bisher noch niemals getan haben. Die Weber und Weberinnen forderten deshalb Bezahlung dieser Arbeit. Als die Firma ihren Willen durchsetzen wollte und einen Arbeiter, der sich weigerte, die Kammräder zu puzen, sofort entließ, stellten sämtliche Weber und Weberinnen, 400 an der Zahl, einmütig die Stühle ab und verlangten die Wiedereinstellung des Entlassenen. Von den Streikenden gehören nur 10 dem deutschen Textilarbeiterverbande an, die anderen mit wenigen Ausnahmen dem „gelben Verband.“

**Lohnbewegungen im Friseurgewerbe.** Nach den Lohnbewegungen im Jahre 1907, die sich auf mehr als die Hälfte sämtlicher Verbandsorte des Friseurgehilfenverbandes erstreckten, trat Ruhe ein, die teils durch die wirtschaftliche Krise, teils durch den Rückgang der Organisation infolge der Repressalien der Arbeitgeber bedingt wurde. Nunmehr machte sich in einer ganzen Reihe Verbandsorte das Bestreben zur Eringung besserer Lohnbedingungen, insbesondere die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges erneut geltend, die dem hartnäckigsten Widerstand der Prinzipale begegnet. Charakteristisch ist, daß die Gehilfen vielfach durch die Preiserhöhungen der Meister zur Lohnbewegung gedrängt werden, denn durch die Preiserhöhungen der Meister, die einer Spekulation auf das Trinkgeld der Gehilfen gleichkommen, werden die Gehilfen in ihrem Einkommen geschädigt. Bei einem Kasserpreis von 20 Pfg., wie er in München und neuerdings in Nürnberg eingeführt wurde, kann der Arbeiter, der den größten Teil der Kundschaft bildet, kein Trinkgeld mehr geben. Die 5 Pfg. Trinkgeld, die bei dem 15-Pfg.-Kasserpreis dem Gehilfen noch hier und da zufallen, kommen als Preisaufschlag in die Kasse des Geschäftsinhabers. An sich ist dieser Wandel der Dinge, die den einzig möglichen Weg zur Beseitigung des Trinkgeldes bildet, nur zu begrüßen. Allein die Meister wollen im wesentlichen die alten Löhne beibehalten, nur vereinzelt bewilligen sie geringe Lohnzulagen. Für die Öffentlichkeit, der gegenüber die Preiserhöhungen unter Hinweis auf die angeblich gesteigerten Gehilfenslöhne zu rechtfertigen versucht werden, ist es nicht uninteressant, einen Einblick in die Lohnverhältnisse der Gehilfen zu gewinnen. In Nürnberg forderten die Gehilfen aus Anlaß der Preiserhöhung einen Mindestlohn von wöchentlich 22 Mk. Die Tarifvorlage der Innung enthielt folgende Lohnsätze: Für Ausgelernte im ersten Jahr bei halber Kost und Logis 6 bis 7 Mk., ohne Kost und Logis 14 bis 15 Mk. Jedes weitere Jahr nach der Lehrzeit soll der Lohn um je eine Mark steigen bis zu 12 bzw. 20 Mk. Von dem Lohn bei halber Kost und Logis sollten jedoch Versicherungsbeiträge nicht abgezogen werden. Die ohnehin große Vorliebe zur Beschäftigung recht junger Gehilfen würde durch eine solche Lohnskala noch weit größer werden. Die Beschäftigung jugendlicher Gehilfen wurde damit begründet, daß die jungen Leute in der Großstadt weiter ausgebildet werden müßten, weil sie in der Provinz keine Gelegenheit dazu hätten. Dabei jammern die Meister fortwährend über die zunehmende Konkurrenz, zwingen aber die ihnen mit über 20 Jahren schon zu alten Gehilfen, sich mangels lohnender Beschäftigung als Gehilfen selbstständig zu machen. In Bielefeld fordern die Gehilfen einen Lohn von 15 Mk. bei halber Kost oder 18 Mk.

reinen Geldlohn. Die Innung schrieb zurück, die Forderungen seien in allen Punkten unannehmbar. Es läge wohl im Interesse aller Gehilfen, zunächst für eine bessere Entlohnung unserer Arbeit einzutreten und dafür zu sorgen, daß kein Gehilfe bei einem Meister arbeite, der nicht die entsprechenden Preise hält. Die angebotene Unterhandlung lehnte die Innung ab. Diesen rückständigen Zuständen im Gewerbe entspricht leider noch meist das Organisationsverhältnis der in der Meisterfurcht besangenen jungen Gehilfen, denen die in der Lehrzeit — mitunter reichlicher als das Essen — verabfolgten Löhne noch zu frisch im Gedächtnis haften. Daß ihnen auch nach der Lehrzeit noch Brägel angeboten werden, kommt oft genug vor. So sollte fürzlich ein Gehilfe in Regensburg, der gekündigt hatte, auf die Kündigungsfrist verzichten. Das wollte er nicht, weshalb ihm der Meister sagte: „Gehs mit mir in die Kich' naus, dann mach' ma d's Sach' scho aus.“ Da der Gehilfe dieser Einladung nicht folgte, kam er mit ein paar Ohrfeigen davon, die ihn veranlaßten, auf die Kündigungsfrist zu verzichten. Er hatte über ein halbes Jahr für 5 Mk. Wochenlohn bei halber Kost gearbeitet, trotzdem der vor drei Jahren vor dem Gewerbegericht vereinbarte Tarifvertrag einen Wochenlohn von 8 Mk. vorschreibt. Als bekannt darf vorausgesetzt werden, daß die Gehilfen von ihrem Lohn noch die Kosten für Anschaffung und Instandhaltung ihres Werkzeugs bestreiten und auch bezüglich ihrer Arbeitskleidung besonderen Ansprüchen genügen müssen.

**400000.** Die Nr. 12 der „Metallarbeiterzeitung“ erscheint in einer Auflage von 400000 Exemplaren. Diese Auflage des Verbandsorgans des Deutschen Metallarbeiterverbandes entspricht zwar nicht der Mitgliederzahl, sie ist aber ein ungefähres Gradmesser dafür. Der Verband hatte im Jahre 1908 einen geringen Mitgliederverlust, im Jahre 1909 hat er nicht allein diesen geringen Mitgliederverlust ausgleichen, sondern die Mitgliederzahl hat sich um 11000 erhöht. Allein in diesem Jahre ist die Mitgliederzahl um ca. 12000 gestiegen, sodas die Hoffnung durchaus berechtigt ist, daß der Verband auch bald 400000 Mitglieder zählen wird. Im April 1906 wurde die 300000. Nummer herausgegeben, woran sich die Hoffnung knüpfte, daß schon im Jahre 1908 die 400000 erreicht würde. Die Krise, die auch besonders schwer auf der Metallindustrie lastete, machte die Aussicht zunichte. Die beiden gegnerischen Gewerkschaften im Gewerbe zeigen dagegen keinen Muffstich in der Mitgliederzahl. Der Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter zählte 1900: 85619 Mitglieder, im Juni 1906: 82968, Ende 1899: 87640, der Deutsche Metallarbeiterverband dagegen 1900: 100762, 1909: 878349. Der „christliche“ Verband hatte 1906 im Jahresdurchschnitt 24744, 1907: 28090, Ende 1909: 24002 Mitglieder. Die „Metallarbeiterzeitung“ sagt dazu: „Es ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die Entwicklung unseres Verbandes und der beiden gegnerischen in Zukunft einen anderen Verlauf nehmen wird. Wir brauchen nur alle, jeder in seinem Kreise, wie bisher planvoll und unverdrossen zu arbeiten, dann werden sich in den nächsten Jahren unsere Reihen bedeutend verstärken. Und das wollen wir!“

**Maurere Unternehmerrücklinge.** Die im Bauberuf tätigen Poliere Leipzigs, soweit sie in dem Verein der Maurer-, Zimmerer- und Steinmetzpoliere organisiert sind, haben schon mehrfach bewiesen, daß sie nach dem „Grundsatz“ handeln: Was Brot ich eß, des Lied ich sing! — Getreu dieser Auffassung suchen sie nun die Poliere, die sich trotz ihrer Zwitterstellung zwischen Unternehmertum und Arbeiterchaft den Blick dafür nicht haben träben lassen, daß sie doch ebenso Ausgebeutete sind wie die Arbeiter selbst, und die sich deshalb auf der Arbeiterorganisation anschließen haben, zu sich herüberzuziehen. Sie veranfaßten deshalb, wie die „Leipz. Volksztg.“ mitteilt, am 13. März eine Versammlung, zu der sie nachfolgendes charakteristisches Schreiben verschickten:

Leipzig, Datum des Poststempels.  
Sehr geehrter Herr!

Nachdem der Vorstand der Innung der Baumeister und des Verbandes der Bauarbeitgeber verständigt ist, teilen wir Ihnen höflichst mit, daß der Verein der Maurer-, Zimmer- und Steinmetzpoliere am 13. März, nachmittags 2 Uhr, im Saale des „Volkswohl“, Köhrstr. Nr. 7, eine Versammlung abhält, zu welcher alle Poliere, welche unserm Vereine noch fernstehen, eingeladen werden. Diese Poliere gehören fast ausschließlich den Gesellenverbänden an. Wir erachten es als unsere Pflicht, diese Poliere aufzuklären, ihnen klar zu legen, daß sie verarbeitete sind mit ihrer Stellung als Polier nicht vereinbart, denn der Polier ist der Vertrauensmann seines Arbeitgebers und soll nur dessen Interessen wahren. Dies ist aber unmöglich, wenn die Herren den Gesellenverbänden angehören. Wir wollen also versuchen, diese Poliere den Gesellenverbänden zu entreißen und bitten Sie deshalb um Ihre Unterstützung, insofern als Sie Ihre Poliere auffordern, dieser Versammlung beizuwohnen.

Es würde sich empfehlen, den Polieren einen Ausweis über ihre Stellung auszuhandigen, denn wir nehmen nur Poliere auf, die den Beweis erbringen, daß sie mindestens ein Jahr lang eine leitende, selbständige Stellung inne haben.

Einer gütigen Unterstützung entgegensehend zeichnet ganz ergebenst  
Verein der Maurer- und Zimmerpoliere  
Leipzig und Umgebung.

Wie unser Leipziger Parteiblatt erwähnt, haben es Mitglieder dieses Vereins bereits fertig gebracht, Arbeiterkontrollen, die für die Sicherheit von Gesundheit und Leben ihrer Kameraden auf dem Bau sorgen wollen, von den Bauherren zu weihen. Sie fühlen sich völlig als Söldlinge der Unternehmer und wahren nur deren Interessen, das heißt, deren Profit. Ob der aber über Arbeiterleiden hinweg erzielt wird, was kümmert es die Herren?

**Streik der amerikanischen Eisenbahner.** Der Präsident des Verbandes der Lokomotivführer und Geizer teilt mit, daß das ganze Maschinenpersonal auf den Strecken zwischen Chicago und der pazifischen Küste am 15. März in den Ausstand getreten ist. Jeder Personen- und Güterverkehr zwischen Chicago und der pazifischen Küste dürfte lahmgelegt sein.

## Soziales.

**Arbeitslosigkeit infolge der Überschwemmungen in Paris.** Durch das Hochwasser in Paris und Umgebung mußten neben zahlreichen Kleinbetrieben auch eine große Anzahl Fabriken die Arbeit auf-ützern oder längere Zeit einstellen. Das französische Arbeitsministerium hat nun den Umfang dieser Arbeitslosigkeit festzustellen versucht, doch bleiben die festgestellten Zahlen aller Wahrscheinlichkeit nach weit hinter der Wirklichkeit zurück. In den drei Departements Seine, Seine et Marne sowie Seine et Oise zählten die Arbeitsinspektoren 120999, die Polizeipräsidenten kurze Zeit darauf 101678 Arbeitslose infolge der Überschwemmungen.



Darunter sind zweifellos zahlreiche organisierte Arbeiter, die jetzt, wenn ihre Organisationen gute Unterstützungsmöglichkeiten hätten, sich noch eurer an die Gewerkschaft anschließen würden, jetzt aber auf öffentliche Sammlungen und auf die vom Parlamente bewilligte Unterstützung angewiesen sind.

**Der Internationale Kongress für Sozial-Versicherung**, der im Laufe des Jahres im Haag zu seiner neunten Tagung zusammenzutreten soll, wird sich hauptsächlich mit zwei Fragen zu beschäftigen haben. Der erste Verhandlungstag umfaßt die verschiedenen Arten der Staatshilfe zu den Arbeiterpensionen, die Beziehung zwischen Armenfürsorge und Versicherung und die Prüfung der Frage, ob infolge der Entwicklung des Versicherungswesens die Kosten der Armenfürsorge sich verringert haben. Der zweite Verhandlungstag wird die Einrichtung des ärztlichen Dienstes bei der Krankheits-, Invaliditäts- und Unfallversicherung betreffen. In Verbindung hiermit werden die Streitigkeiten zwischen Ärzten und Versicherungsanstalten und die Beziehungen zwischen Versicherung und sozialer Hygiene zur Erörterung gelangen. Über die Ausdehnung der sozialen Versicherung auf neue Gruppen von Interessenten, die Witwen- und Waisenversicherung und die Arbeitslosenversicherung werden nur schriftliche Referate erstattet werden.

## Kommunales.

**Wertzuwachsteuer in Charlottenburg.** In der Charlottenburger Stadterordnetenversammlung wurde am Montag die Einführung einer Wertzuwachsteuer beschlossen. Von einer Ausschussberatung sah man ab mit Rücksicht darauf, daß der Bezirksausschuß am 15. ds. Mts. seine letzte Sitzung abhält und ihm die Vorlage zur Genehmigung an diesem Tage vorgelegt werden muß, wenn nicht Charlottenburg Hunderttausende verlieren soll. Für bebauten Grundstücke soll eine Wertzuwachsteuer von 1 1/2-15 Prozent nach Maßgabe des erlangten Zuwachses erhoben werden. Bei den unbebauten Grundstücken steigt nach der Vorlage die Steuer von 4-25 Prozent des Verdienstes. Ein Wertzuwachs von unter 10 Prozent bleibt steuerfrei. Die von unsferen Genossen gestellten Ergänzungsanträge wurden abgelehnt.

**Ein glänzender Gemeindevorwahltag.** Der entscheidende 2. Wahlgang bei der Gemeindevorwahl in Sulz (Oberpfalz) hat uns am Sonntag den Gewinn von 5 Mandaten gebracht. Von 6 Stgen, die zu besetzen waren, errang die Partei 5 mit 229 bis 351 Stimmen, während von den bürgerlichen Kandidaten nur 1 Zentrumsmann und zwar mit 248 Stimmen gewählt wurde. Der einzige unterlegene Sozialdemokrat erhielt 207 Stimmen. Von 24 Stgen, die der Gemeinderat der Stadt Sulz zählt, hat die Partei jetzt 5 inne, während sie bei den Hauptwahlen von 1908 infolge des Zusammengehens der bürgerlichen Parteien vom Gemeinderat ausgeschlossen worden war.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Verurteilte Brandstifter.** Das Schwurgericht in Braunschweig verurteilte nach dreitägiger Verhandlung den Hotelbesitzer Hermann Buchheister aus Bad Harzburg und dessen Ehefrau Alma, sowie seinen Bruder Heinrich Buchheister aus Osterode am Fallstein wegen vorsätzlicher Brandstiftung, begangen am 3. Januar d. J. im Hotel „National“ in Bad Harzburg, zu fünf, vier und einem Jahre Zuchthaus.

**Freigesprochener Totschläger.** Von dem Schwurgericht in Kolmar wurde nach fünfständiger Verhandlung der Wirt Bardell, der seine Frau im Streit mit einer Packe erschlagen hatte, freigesprochen. B. hatte in sehr unglücklicher Ehe gelebt; seine Frau hatte ihn mit seinem flüchtig gewordenen Geschäftsgenossen betrogen und mit diesem sein Vermögen durchgebracht.

**Ein militärisches Schreckensurteil!** Das Dresdner Kriegsgericht verurteilte den Matrosen Ritter wegen tätlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten und Achtungsverletzung, die sich als „Drohung“ darstellte, zu der unglücklich harten Strafe von drei Jahren zwei Monaten Gefängnis! Der Angeklagte war Weihnachten nach seiner Heimat beurlaubt und hatte sich hier am zweiten Feiertag in einem Tanzlokal aufgehalten. Er beging in der Trunkenheit einige Ungehörlichkeiten. In diesem Stadium soll er einem Sergeanten auf die Füße getreten und auf den Arm geschlagen haben. Der Angeklagte gab an, er sei betrunken gewesen, er habe den Sergeanten gar nicht gesehen und sich an diesem auch gar nicht vergangen. Der Sergeant beschwor aber, daß R. gegen ihn tätlich geworden und ein Verbrechen begangen habe. Das Gericht hat keinen mildernden Fall angenommen und nur die Trunkenheit als „Strafmildernd“ berücksichtigt. Mit Rücksicht auf die Disziplinverletzung und die Ungehörlichkeiten, die er beging, wurde eine harte Strafe am Plage gewiesen.

**Ein Schiedrama vor dem Schwurgericht.** Das Schwurgericht in Dresden verurteilte die Fabrikarbeiterin Anna Agnes, verehelichte Martinka, in Birna, welche daselbst während der Nacht zum 3. Dezember ihren im Bett schlafenden Ehemann durch einen Revolvererschuß zu Tode versuchte, wegen versuchten Mordes zu zwölf Jahren Zuchthaus und den Handarbeiter Jakob Zabitzki wegen Beihilfe zu acht Jahren Zuchthaus, außerdem beide zu acht Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

**Postunterbeamten - Glanz.** Vor dem Schwurgericht in Naumburg standen wieder einmal zwei Postbeamte wegen Verbrechen und Vergehen im Amte. Zwar richtete sich die Anklage gegen die beiden Leute, in Wirklichkeit aber lag der Staat auf der Anklagebank, der seine Unterbeamten durch Hungerlöhne erst dazu treibt, Unterschlagungen zu begehen. Angeklagt war im ersten Falle der frühere Postbote Richard K. aus Hainburg bei Zeitz. Der 25jährige Mann war früher Knecht und Bergarbeiter, wurde dann 1906 bei der Post angestellt und erhielt 240 Mk. Tagegelde. In seiner Eigenschaft als Landbriefträger unterschlug er eingezahlte Gelder und falschte die Quittungen. Die unterschlagenen 987 Mk. sind wieder gedeckt. Die Anklage behauptete, der Mann habe bei seinen 240 Mk. pro Tag ein loderes Leben geführt! Er wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Weiter war angeklagt der Postgehilfe Ernst W. aus Eilenburg. Dieser war als Glene in den Postdienst getreten und bezog im ersten halben Jahre kein Gehalt und dann 30 Mk. - dreißig Mark - pro Monat! Dafür hatte er zwei Jahre lang gearbeitet. Auch seine Unterschlagungen - 1233 Mk. - sind gedeckt worden. Auch dieser „Verbrecher“ erhielt ein Jahr Gefängnis! Die bürgerliche Presse schämt sich nicht, in den Berichten über den zweiten Fall anzuführen: Er braucht mehr, als er Einkommen hatte! Bürgerliche Zeitungsschreiber brauchen allerdings nicht mit 300 Mk. Jahres-einkommen zu rechnen, die lassen sich ihre Arbeitskraft, die oft recht

minderwertig ist, teuer bezahlen. Das nimmt ihnen auch niemand ab, aber sie sollten nicht Steine auf Leute werfen, die durch Schundlöhne auf die Bahn des Verbrechens gedrängt werden. Daß derartige Vergehen vorkommen, ist einzig die Folge des bestehenden Systems. Den Unterbeamten verspricht man zwar viel, besonders wenn Wahlen vor der Tür stehen, gegeben hat man aber stets nur denen, die es nicht so notwendig brauchten. Den Generalen zahlt man Pferdegeleider und Tagegelde, die dem „Fahrtelohne“ eines Unterbeamten mehr als gleichkommen, für Dienstwohnungen bestimmter Beamten wirft man Tausende und Hunderttausende zum Fenster hinaus. Dem Unterbeamten aber verhilft man zu Gefängnisstrafen, wenn er mit seinem „Lohne“ nicht auskommt. Es ist eine Lust zu leben, besonders als Unterbeamter im preußisch-deutschen Staate!

**Todesurteil.** Das Schwurgericht in Münster i. W. verurteilte den wegen Ermordung des Gutspächters Groß-Kleinmann auf Gut Hiltensbeck und der 16-jährigen Dienstmagd Maria Ammermann, eines Hamburger Waisenmädchens, angeklagten Kubischewitzer Jonkman wegen Mordes zum Tode, wegen Totschlags in einem Fall und wegen Bedrohung in zwei Fällen zu 15 Jahren Zuchthaus.

**Verurteilter Wahlrechtsdemonstrant.** Zu drei Wochen Gefängnis wurde Montag vom Schöffengericht in Frankfurt a. M. der Schreiner Richard Schubert verurteilt, der am 14. November v. J. bei einer Wahlrechtsdemonstration den Schutzleuten „Bluthunde“ zugerufen haben soll. Ein Angehöriger der nationalliberalen Partei, der an jenem Tage ständig in Begleitung des Schubert war, sagte vor Gericht aus, daß Schubert nur „Nieder mit den Junkern“ gerufen habe. Ein Kommissar Runow und 6-7 Schutzleute erklärten mit aller Bestimmtheit, daß Schubert „Bluthunde“ gerufen habe. Durch einen Zufall konnte der Verteidiger des Angeklagten feststellen, daß Runow am Tage vorher eine Unterredung mit den Schutzleuten hatte, in der er sie instruierte, wie sie auszusagen sollten. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

**Die Staatsanwaltschaft schämt den lieben Gott.** Wer war der größte Spitzhuh? In vergangenem Kirchweihfestum gab der Steinbauer Starke in einer Wirtshausstube zu Kottenbauer in Unterfranken seinen Zechgenossen die Scherzfrage zum Lösen: „Wer ist der größte Spitzhuh?“ Niemand konnte darauf die richtige Antwort finden, bis zuletzt der Rätelaufgeber sie selbst gab: „Unser Herrgott, denn er hat dem Adam eine Rippe gestohlen und daraus die Eva gemacht.“ Dieser Scherz wurde, da fromme Leute daran Anstoß nahmen, dem St. als Gotteslästerung angekreidet, und das Gericht verurteilte ihn dafür zu drei Tagen Gefängnis.

## Aus Nah und Fern.

**Verdorbene Preiselbeeren.** Aus Berlin wird berichtet: Ein aus Magdeburg stammendes Ehepaar Schmidt, das gegenwärtig in Alt-Boghan beschäftigt ist, dessen Töchterchen, sowie ein Arbeitsbursche sind am Dienstag nach dem Genuß von Cierkuchen mit Preiselbeeren unter Vergiftungsercheinungen erkrankt. Ein Arzt gab die notwendigen Verhaltensmaßregeln, konnte aber noch keine näheren Feststellungen über die Art der Vergiftung machen. Wahrscheinlich waren die Preiselbeeren verdorben.

**Ein geisteskranker Mörder?** Der im Stendaler Gerichtsgefängnis untergebrachte Doppelmörder Blah, der Mitte Juli vorigen Jahres zwei Wittenbergerer Fabrikarbeiter erschossen hat, wird jetzt auf seinen Geisteszustand untersucht. Wie verlautet, hat das Gericht dem Antrage seines Verteidigers auf Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben. Das Reichsgericht hatte die gegen das Todesurteil eingelegte Revision verworfen.

**Die Prügel-Erziehungsmethode in der Anstalt Gemünd.** Kürzlich brachten wir eingehende Mitteilungen über die Mißhandlungen der Zöglinge in der Fürsorgeerziehungsanstalt in Gemünd in der Eifel. In der Sitzung des Rheinischen Provinziallandtages vom 10. März ging nun der Landrat Schmidt auf die Sache ein. Seine Darstellung der Verhältnisse in Gemünd, wo der Landeshauptmann sofort eine Untersuchung anstellte, sind eine glatte Bestätigung der von uns behaupteten Tatsachen. Daß der Herr Landrat die Schuld dem Anstaltspersonal allein auferlegt und den Leiter der Anstalt und dessen Frau frei von Verbrechen spricht, will bei dem preußischen System nicht viel besagen. Daß die Frau die Tochter eines evangelischen Pfarrers ist und von Jugend auf Anstaltsluft geatmet hat, wie Herr Schmidt meinte, ist jedenfalls ein schlechter Beweis dafür, daß sie die ihr zur Last gelegten Übergriffe nicht begangen hat. Wir sind jedenfalls in der Lage, unsere sämtlichen Behauptungen zu beweisen. Nur den Vorwurf macht der Landrat Schmidt dem Anstaltsleiter, daß er junge Leute von 21 Jahren als Aufseher angestellt hat. Diese Leute sollen hauptsächlich die Mißhandlungen begangen haben, aber daß in einem Falle Blut geflossen sei, wird bestritten. Wohl im Bewußtsein, daß es mit einer Leitung doch nicht in Ordnung sein kann, wo die Untergebenen so hausen, fügt der Herr Landrat als Entschuldigung für den Anstaltsleiter an, daß dieser seit Jahren von einer Nervenkrankheit heimgeheftet sei und daß bei fortschreitender Krankheit er die Zügel verloren und diese von untergeordneten und ungeeigneten Leuten aufgenommen worden seien. Wir denken, das genügt! Es war wirklich die höchste Zeit, daß sich die Öffentlichkeit mit den Zuständen in Gemünd, die der Landrat selbst als traurige Vorgänge bezeichnet, beschäftigte. Wir wollen nur noch hinzufügen, daß der Staatsanwalt die Sache in die Hand genommen hat und daß der Leiter der Anstalt mit seiner Frau die „Stätte ihres Wirkens“ haben verlassen müssen.

**Aus einer sächsischen „Ferienkolonie“.** In Otschah ist eine Untersuchung wegen umfangreicher Soldatenmißhandlungen vor dem Kriegsgericht Dresden eingeleitet worden. Gegen einen der Beteiligten, den Sergeanten Kasper, häuften sich in den letzten Tagen das Belastungsmaterial derart, daß er wegen Mißhandlungen in über 100 Fällen in Haft genommen wurde. In seiner Zelle hat er einen Selbstmordversuch verübt, indem er sich am Gitter seines Zellenfensters erhängte. Er wurde jedoch noch rechtzeitig abgeschnitten, die angelegten Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Er wurde in das Garnisonlazarett übergeführt. In nächster Zeit wird gegen ihn und seine Komplizen verhandelt werden.

**Unfälle.** Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, ereignete sich in dem Steinbruch zu Dardheim in Baden ein folgenschweres Unglück. Funken aus dem Feuer einer Feldschmiede fielen, vom Wind getragen, in einen in geringerer Entfernung befindlichen offenen Vorratsraum für Sprengmaterial und verursachten eine Explosion, durch die sieben Arbeiter schwer verletzt wurden. Einer der Verletzten ist bereits gestorben - bei dem Bahnbau der Ahrthal-Bahn wurden durch losgelassene Steine im Tunnel bei Raach ein Arbeiter getötet und zwei tödlich verletzt.

**Langsame und schnelle Justiz.** Die Dorfmander „Neubetter Zeitung“ bringt im Anschluß an ihren Wahlrecht-Lampfrozeß, in dem der Staatsanwalt dem Genossen Weyer sechs Monate Gefängnis anhängen wollte und das Gericht auf 500 Mk. Geldstrafe erkannte, folgende Gegenüberstellung:

Langsame Justiz.  
Der Fall Eulenburg.  
Homosexuelle Vergehen: Sommer 1888.  
Meineid: Oktober 1907.  
Verhaftung und Freilassung: Mai 1908.  
Erste Hauptverhandlung: Juli 1908.  
Zweite Hauptverhandlung: Juli 1909.  
Schnelle Justiz.  
Der Fall Weyer.  
Angeklagte Aufreizung: 14. Februar 1910.  
Hausdurchsuchung und Beschlagnahme: 15. Februar 1910.  
Vorladung: 16. Februar 1910.  
Vernehmung: 17. Februar 1910.  
Anklageschrift: 19. Februar 1910.  
Hauptverhandlung und Urteil: 8. März 1910.

**Die Polizeiheldentat.** Die bürgerliche Presse verbreitet die Nachricht, daß in Köln am Sonntag eine Straßen demonstration der Jugendorganisation stattgefunden habe, der eine rote Fahne vorgetragen worden sei. Die Polizei habe den Zug auseinandergetrieben. Der Vorgang hat sich in Wirklichkeit folgendermaßen zugetragen: 60 bis 70 junge Leute beiderlei Geschlechts unternahmen Sonntag nachmittag nach einem Vortrag im Volkshaus einen Spaziergang am Rhein entlang. Außerhalb der Stadt sangen sie Arbeiterlieder. Das hörte ein Schutzmann, der nicht stillgeres zu tun hatte, als zum Präsidium zu telephonieren, daß eine sozialdemokratische Wahlrechtsdemonstration veranstaltet werde. Es dauerte nicht lange, da erschien ein Massenaufruf von Schutzleuten zu Fuß und zu Pferde, von Polizeihunden begleitet. Die Jugendlichen gingen natürlich sofort auseinander, so daß die Polizei keinen Anlaß fand, auf friedfertige Leute einzuhauen. Es waren ca. 100 Schutzleute, die auf 60 bis 70 junge Leute im Alter von 14 bis 18 Jahren losgelassen werden sollten. Um die Blamage der Polizei zu vermeiden, wurde ein Bericht an die bürgerliche Presse gegeben, in dem von einer sozialdemokratischen Wahlrechtsdemonstration die Rede war.

**Kind zu verschicken.** Ein Bild herzerweichender Jammer enthält folgende Annonce in Bittauer bürgerlichen Blättern: „Eine arme Mutter würde gern ihren 1 1/2-jährigen gefunden, kräftigen Knaben in gute Hände verkaufen. Gültige Adressen unter...“ Es ist sicherlich nicht Herzlosigkeit der Mutter, das Kind zu verschicken, denn das Wörtchen „arme“ besagt genug, warum das Kind verschickt werden soll. Man braucht wahrlich keine weiteren Betrachtungen anzustellen, ein jeder Leser dürfte sich ein Bild über die gesellschaftlichen Zustände machen können, wo kein Mägdchen ist, außer Findelhäusern und „Erziehungsanstalten“, an dem zu „verschickende“ Kinder aufgezogen werden können. Manche Mutter fürchtet sich aber auch, den genannten Anstalten ihr Kind anzuvertrauen, und verschickt es lieber.

**Um ein Faß Bier in den Tod.** In Oberneukirchen am Inn brach in der Brauerei Münch aus bis jetzt unermittelter Ursache Feuer aus, dem die ganze Brauereifabrik samt den Vorräten zum Opfer fielen. Bei dem Versuch, ein Faß Bier zu retten, wurde der 42 Jahre alte Feuerwehrrmann Josef Wöhl, ein Familienvater mit sieben Kindern, von dem im gleichen Moment einstürzenden Dachstuhl erschlagen.

**Schlimme Folgen einer Spielerei.** Auf Genf wird gemeldet: Der 24-jährige russische Fürst Denis de Scibor aus Kiew trieb im Speisesaal des Hotels „Richmond“ mit zwei Revolvern allerlei Unfug, indem er auf die Gäste und den Hoteldirektor zielte. Möglicherweise trachte ein Schuß, und der Fürst sank tot zu Boden, er hatte sich aus Unvorsichtigkeit selbst erschossen.

**Neue Überschwemmungen.** Aus verschiedenen Teilen des südlichen Frankreich werden Überschwemmungen gemeldet. In der Nähe von Toulon ist ein Haus eingestürzt. Zwei Personen sind tot.

**Ein deutscher Hochstapler in England.** Gegenwärtig findet, wie aus London gemeldet wird, vor dem Gericht zu Hull eine Verhandlung gegen einen deutschen Fälscher statt, der unter dem Namen eines Barons v. Sachsen, eines Barons Reikingen, Barons Wollen usw. eine große Anzahl Betrügereien verübt hat. Ferner ist er der Bigamie angeklagt; er hat sich zwei- oder dreimal verheiratet und dann die Frauen verlassen, nachdem er ihre Mitgift durchgebracht hatte. Außerdem beging er Betrügereien bei der Adoption von Kindern.

**Ein Köpenick in Rom.** Ein Gauner benutzte in Rom den Trick des Schülers Voigt, des Hauptmanns von Köpenick, um sich in den Besitz einer großen Geldsumme zu setzen. Unter dem Vorwande, Polizeikommissar zu sein, forderte er am Freitag abend zwei des Weges kommende Polizisten auf, ihn zu begleiten, da er eine Spielhölle aufheben müsse. Er begab sich dann mit den beiden Schutzleuten, die ihm auf sein Zureden auch folgten, in eines der besten Hotels, in denen Angehörige der „höchsten“ Kreise Roms gerade beim Spiel saßen. Ohne zu untersuchen, ob Glücksspiele oder erlaubte Spiele von den Anwesenden gemacht wurden, belegte der falsche Polizeikommissar die auf dem Tisch befindlichen Summen mit Beschlagnahme. Er forderte darauf die Anwesenden auf, sich für den nächsten Tag zur Vernehmung durch die Polizeibehörde bereit zu halten. Nachdem er noch die Personalien notiert hatte, verschwand er mit dem „höchstlich beschlagnahmten Geld“ auf Nimmerwiedersehen.

## Literarisches.

**Zu freien Stunden.** Romanbibliothek in Wochenheften. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis pro Heft 10 Pfg. Die Hefte 7 und 8 sind uns zugegangen und haben folgenden Inhalt: Die Abendburg von Bruno Wille; (Fortsetzung). Romana von Theodor Mügge; (Fortsetzung). - Stoff aus Spinnengarn. - Ein Tierprozeß. - Dies und Jenes. - Wig und Scherz. - Bestellungen nehmen alle Zeitungs Expeditionen, Buchhandlungen, Kolporteurs und Postanstalten entgegen.

## Briefkasten.

**Langjähriger Abonnent.** Leider können wir Ihnen kein Mittel zur Entfernung von Wotten aus Rüschenmöbeln angeben. Vielleicht ist einer unserer Leser dazu imstande?

**W. R.** In der Form kann das Eingeladene keine Aufnahme finden.

**Streitende.** Der Karfreitag ist nur ein evangelischer Feiertag.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: E. H. Schwarzg. Druck: Friedr. Meyer u. Co.  
Sämtlich in Lübeck.